

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Gerhard Wettig

Freiheit oder Unfreiheit  
im Äther

Auseinandersetzungen in der  
UNO und auf der KSZE

Emil Schmickl

Probleme und Ergebnisse  
der Sozialstrukturforschung  
in der DDR nach 1971

B 23/76

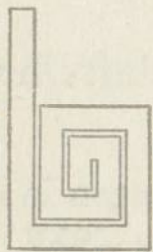
5. Juni 1976

Gerhard Wellig, Dr. phil., geboren 1934 in Gelnhausen/Hessen; Studium der Geschichte, Slawistik und Politikwissenschaft; Wissenschaftlicher Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943—1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967; Die Rolle der russischen Armee im revolutionären Machtkampf 1917. Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Band 12, Berlin 1967; Politik im Rampenlicht. Aktionsweisen moderner Außenpolitik, Fischer Bücherei 845, Frankfurt 1967; (zusammen mit Ernst Deuerlein, Alexander Fischer und Eberhard Menzel) Potsdam und die deutsche Frage, Köln 1970; Europäische Sicherheit. Das europäische Staatensystem in der sowjetischen Außenpolitik 1966—1972, Düsseldorf 1972; Frieden und Sicherheit in Europa. Probleme der KSZE und der MBFR, Stuttgart 1975; Community and Conflict in the Socialist Camp. The Soviet Union, East Germany and the German Problem 1965—1972, London—New York 1975; Deutschland-Konflikte zwischen Sowjetunion und DDR 1965—1976 (Arbeitstitel, erscheint Mitte 1976 in der Reihe „Bonn aktuell“).

Emil Schmickl, Dr. rer. pol., Diplom-Sozialwirt, geb. 1941 in Geiselwind; Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg und Heidelberg; 1967—1969 wiss. Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum der Universität Erlangen-Nürnberg; seit 1969 wiss. Mitarbeiter am Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) an der Universität Erlangen-Nürnberg in Erlangen.

Veröffentlichungen u. a.: Soziologie, in: Produktivkraft Wissenschaft. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR, herausgegeben von Hans Lades und Clemens Burrichter, Hamburg 1970; Soziologie und Sozialismustheorie in der DDR, Köln 1973; Zur Wissenschaftsentwicklung im sozialistischen System. Soziologie in der DDR als Ergebnis sozialen Wandels und politischer Programmatik, in: Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft (IGW Erlangen) 1/75.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



# Freiheit oder Unfreiheit im Äther

## Auseinandersetzungen in der UNO und auf der KSZE

### 1. Aktionsfeld UNO

#### Der sowjetische Vorstoß gegen ein künftiges Satellitenfernsehen

Am 8. August 1972 legte der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko der Vollversammlung der Vereinten Nationen den Entwurf einer Konvention über den Gebrauch von künstlichen Weltraumkörpern für die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen vor. Danach sollten „Übertragungen von Fernsehprogrammen mit Hilfe künstlicher Erdsatelliten in andere Staaten, die ohne klar ausgesprochenes Einverständnis dieser Staaten erfolgen“, „als rechtswidrig angesehen“ werden. Es wurde vorgesehen, daß die entsprechenden Staaten „sich völkerrechtlich dafür zu verantworten“ hätten. Wann immer ein Staat den Aufbau eines Satellitenfernsehsystems plane, soll er, wenn die vorgesehenen Sendungen „anderen Staaten potentiell schaden oder zu unbeabsichtigter Ausstrahlung auf deren Territorium führen“ könnten, vorher zur Aufnahme „entsprechender Konsultationen“ mit den Regierungen der möglicherweise betroffenen Länder verpflichtet sein.

Für den Fall, daß ein Staat dies nicht tun oder auswärtigem Einspruch nicht stattgeben würde, waren Sanktionen anvisiert. Jeder Teilnehmerstaat, so hieß es, könne „alle ihm möglichen Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß auf seinem Territorium rechtswidrig Fernsehsendungen ausgestrahlt werden.“ „Solche Maßnahmen“ könne „er auf seinem eigenen Territorium, aber auch im Weltraum und in anderen, außerhalb der nationalen Jurisdiktion irgendeines Staates stehenden Bereichen treffen“. Alle Unterzeichner der Konvention sollten überdies die Verpflichtung übernehmen, „in vollem Maße zur Unterbindung rechtswidriger Fernsehsendungen beizutragen“<sup>1)</sup>.

Der Vorstoß wurde von zahlreichen Rechtfertigungsthese begleitet. Die Hauptthese war, daß die Souveränität der Staaten absolut zu respektieren sei und daß sie daher auch in

den Fragen des Informationsaustausches zu gelten habe. Dementsprechend bezeichnete es Gromyko als ein zentrales Erfordernis, „die Souveränität der Staaten vor jeglicher Einmischung von außen zu schützen“<sup>2)</sup>. Wie es hieß, entsprach die Festlegung einer uneingeschränkten Verfügungsgewalt der einzelstaatlichen Regierungen über den Informationsfluß in ihrem Lande „voll und ganz den allgemein anerkannten Normen der staatlichen Souveränität und dem Recht jedes Staates, selbständig alle Fragen des inneren Lebens auf seinem Territorium zu bestimmen“<sup>3)</sup>.

Das erklärte Hauptziel war, die — als „teuflich“ bezeichnete — „bürgerliche Propaganda“ des Westens im sowjetischen Herrschaftsbereich zu unterbinden, die es darauf abgesehen habe, „nicht den demokratischen Prozeß zu intensivieren, sondern ihn auf Abwege zu leiten“<sup>4)</sup>. Im Namen der einzelstaatlichen Souveränität solle den Regierungen das ausschließliche Recht zustehen, darüber zu bestimmen, welche Informationen ihrer Bevölkerung angeboten würden. Diese Entmündigung der Völker wurde paradoxerweise in der sowjetischen Auslandsagitation mit dem Argument verteidigt, daß man jedem Volk zuge-

<sup>2)</sup> Zitiert nach: R. D. Heffner, Offener Himmel oder Vorzensur?, in: Osteuropa 7/1974, S. 486; I. de Sola Pool, The Satellite Controversy, Center for International Studies, M. I. T., Cambridge/Mass., 15. 6. 1973, S. 34. Vgl. W. Emin, Rechtsfragen bei Direktübertragungen durch Satelliten, in: Sowjetunion heute, 5/1973, 1. 2. 1973, S. 24, Stellungnahme des bulg. Vertreters vor der UNO-Vollversammlung 1972, wiedergegeben bei R. D. Heffner, a. a. O., S. 494.

<sup>3)</sup> Ju. Kolosov, Televidenie i meždunarodnoe pravo, in: Novoe vremja 15/1974, S. 15.

<sup>4)</sup> W. Sobakin, Friedliche Koexistenz und ideologischer Kampf, in: Sowjetunion heute 22/1972, 21. 11. 1972, S. 15. V. V. Zagladin, Meždunarodnoe kommunističeskoe dviženie, Moskau 1970, S. 118; V. Kravcov, Obščeevropijskoe soveščanie na puti k istoričeskim rešenijam, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija [hinfort: MEMO] 9/1974, S. 37; V. Korobejnikov, Čto skryvaetsja za koncepciej „svobody informacii“, in: Meždunarodnaja žizn' [hinfort: MZ] 1/1976, S. 98 f.; W. Kusnezow, Internationale Entspannungspolitik. Aus sowjetischer Sicht, Wien 1975, S. 168 f.

<sup>1)</sup> Text: Osteuropa, 7/1974, A 477-480.



stehen müsse, „völlig selbständig die Ideen auszuwählen, die ihm am anziehendsten erscheinen“<sup>5)</sup>. Diese Verdrehung des wirklichen Sachverhalts beruht auf der unausgesprochenen Prämisse, daß die jeweilige Regierung das Volk darstelle.

Gleichzeitig machten die Sowjetunion und ihre Verbündeten geltend, daß die internationale Kommunikation nur dem Guten, nicht aber dem Schlechten förderlich sein dürfe. In diesem Sinne forderte Gromyko, man müsse „Bedingungen herstellen, unter denen diese neue Form der Raumtechnik (das Satellitenfernsehen) nur den hohen Zielen des Friedens und der Völkerfreundschaft dienen“ werde. Es gehe darum „zu verhindern, daß die direkte Fernsehübertragung zu einer Quelle internationaler Konflikte und zu einer Belastung der Beziehungen zwischen den Staaten werde“<sup>6)</sup>.

Nur „ein solcher Informationsaustausch“ solle statthaft sein, „der nicht nur zur Erzeugung von Feindseligkeit und Mißtrauen zwischen den Völkern nicht nutzbar gemacht wird, sondern auch umgekehrt die Entwicklung ihrer gleichberechtigten, wechselseitig vorteilhaften Zusammenarbeit fördern wird“<sup>7)</sup>. „Die Kanäle und Mittel der Masseninformation“, so heißt es, müßten „sauber sein“ und „ebenso geschützt und verteidigt werden wie die Umwelt“. Nur dann könnten sie „der gegenseitigen Verständigung der Völker, der gegenseitigen Bereicherung der nationalen Kulturen und dem sozialen Fortschritt dienen“<sup>8)</sup>. Wie ausdrücklich hinzugefügt wird, könnten darum Informationen aus dem Westen nur bedingt in den sowjetischen Herrschaftsbereich Eingang finden, denn sie widersprächen oft der „sowjetischen Gesetzgebung und der Moral der sozialistischen Gesellschaft“<sup>9)</sup>.

Im Blick auf die westliche Öffentlichkeit wird bevorzugt das Argument verwendet, daß es — namentlich im Widerstand gegen Pornographie und Verbrechensdarstellung — um eine moralische Reinhaltung gehe. Damit verbindet sich die Anklage, daß „die moderne bürgerliche Gesellschaft einen empfindlichen Mangel an Menschlichkeit“ aufweise, der sich „zerstörend auf die Persönlichkeit“ auswirke und „zu ihrer sittlichen Deformation“ führe<sup>10)</sup>.

<sup>5)</sup> Ebenda, S. 168. Vgl. ebenda, S. 166.

<sup>6)</sup> Zitiert nach R. D. Heffner, a. a. O. (Anm. 2), S. 486, und I. de Sola Pool, a. a. O. (Anm. 2), S. 34. Vgl. Stellungnahme des bulg. Vertreters vor der UNO-Vollversammlung 1972, wiedergeg. bei R. D. Heffner, a. a. O., S. 494.

<sup>7)</sup> V. Korobejnikov, a. a. O. (Am. 4), S. 101 f.

<sup>8)</sup> W. Kusnezow, a. a. O. (Anm. 4), S. 171. Vgl. ebenda, S. 167, 168 f.

<sup>9)</sup> Ju. Kašlev, Informacija i mir, in: Žurnalist 9/1975, S. 9.

<sup>10)</sup> W. Kusnezow, a. a. O. (Anm. 4), S. 165.

An die Führungsgruppen in den Entwicklungsländern dagegen wendet sich die sowjetische Seite hauptsächlich mit dem Argument, daß die kulturellen, religiösen und sozialen Grundlagen der Staaten vor fremder Bedrohung geschützt werden müßten<sup>11)</sup>. In der Vollversammlung der Vereinten Nationen verbanden die sowjetischen Vertreter beide Argumentationen miteinander: Die Staaten, so erklärten sie, müßten sich in die Lage versetzt sehen ihre Bevölkerungen vor der vom Ausland her propagierten Amoralität, Gewaltverherrlichung und Kulturlosigkeit zu beschützen<sup>12)</sup>.

Die Leiter der sowjetischen Politik appellierten an die Herrschaftseliten in der Dritten Welt, deren Länder einseitig der westlichen, namentlich amerikanischen Sendetätigkeit ausgesetzt sind. Der „Informationsimperialismus“, so heißt es, müsse ein Ende finden. Mit der These, daß es unverantwortlichen Monopolisten nicht mehr gestattet sein solle, den Informationshunger im Ausland für ihre Zwecke auszunutzen, wird der Kampagne ein ausschließlich gegen westliche Nachrichtenträger gerichteter Sinn gegeben<sup>13)</sup>.

Die Parole lautet, daß die westliche Konzeption einer internationalen Informationsfreiheit auf eine Diskriminierung der früheren Kolonialgebiete und auf eine Privilegierung der früheren Kolonialmächte — also auf eine zwar verschleierte, aber außerordentlich gefährliche Form des Neokolonialismus — hinauslaufe<sup>14)</sup>. Die UdSSR benutzt mit ihren Verbündeten die Problematik der Entwicklungsländer für ihre völlig andersartigen Ziele und fordert „gleiches Recht“ für alle Staaten beim Genuß der Vorteile, die mit der Ausstrahlung von Fernsehprogrammen verbunden sind. Damit es nicht zur „Anarchie“ komme, welche die Schwachen benachteilige, wird eine vertragliche Regelung der Nachrichtenübermittlung im internationalen Bereich für unerläßlich erklärt<sup>15)</sup>.

Ein anderes Mittel der Sympathiewerbung bei den — die UNO zahlenmäßig beherrschenden — Staaten der Dritten Welt ist die These, derzufolge die künftig zu unterbindende „Desinformation“ weithin als die Verbreitung rassistischen Gedankengutes hingestellt wird<sup>16)</sup>. Im Lichte ihrer Gegnerschaft zu Südafrika und ihres Mißtrauens hinsichtlich einer westlich-

<sup>11)</sup> So Ju. Kolosov, a. a. O. (Anm. 3), S. 14. W. Emin, a. a. O. (Anm. 2), S. 24.

<sup>12)</sup> R. D. Heffner, a. a. O. (Anm. 2), S. 491 f.; I. de Sola Pool, a. a. O. (Anm. 2), S. 38.

<sup>13)</sup> Ju. Kašlev, a. a. O. (Anm. 9), S. 7 f.

<sup>14)</sup> I. de Sola Pool, a. a. O. (Anm. 2), S. 38, 39; V. Korobejnikov, a. a. O. (Anm. 4), S. 98.

<sup>15)</sup> I. de Sola Pool, a. a. O., S. 38.

<sup>16)</sup> Ebenda, S. 37.



südafrikanischen Zusammenarbeit soll es den Führern der Entwicklungsländer, namentlich Schwarzafrikas, als notwendig dargestellt werden, die Verbreitung westlicher Information zu stoppen.

### Das den sowjetischen Vorstoß bestimmende Gesamtkonzept

Hinter dem Konventionsentwurf vom 8. August 1972 steht ein prinzipielles Konzept mit weitreichenden praktischen Konsequenzen. Seine Verwirklichung würde die Regierungen der informationsaussendenden Länder rechtsverbindlich zu Adressaten der Beschwerden und Einsprüche seitens der Regierungen der informationsempfangenden Länder gegen den Inhalt der grenzüberschreitenden Nachrichten machen und sie vertraglich dazu zwingen, allen derartigen Einwänden ohne Rücksicht auf ihre sachliche Berechtigung zu entsprechen. Das würde den Informationsfluß nach dem willkürlichen Ermessen repressiver Regimes einschränken oder auch völlig beseitigen. Zugleich würden die Regierungen anderer Staaten, von deren Territorium Nachrichten in auswärtige Gebiete übermittelt werden, zu Kontrolleuren und Zensoren ihrer Gesellschaften. Denn auch die Sendungen aus nicht-offizieller Quelle werden ausdrücklich in die „Verantwortlichkeit“ einbezogen, die den Regierungen der informationsgebenden Länder zugemutet wird.

Die Freiheit der Meinungsäußerung, die für die Gesellschaften des westlich-demokratischen Typs grundlegend ist, ließe sich dann grundsätzlich nicht mehr aufrechterhalten — eine Forderung, die in den östlichen Aussagen mehr oder minder deutlich ausgesprochen wird<sup>17)</sup>. Die sowjetischen Äußerungen, die außerhalb der UNO fielen, lassen keinen Zweifel daran, daß sich das sowjetische Verlangen nicht nur auf das Satellitenfernsehen, sondern auf die Massenmedien überhaupt bezieht. Dem sowjetischen Entwurf vom 8. August 1972 kommt dabei lediglich die Funktion eines initiierenden und bahnbrechenden Instruments zu.

<sup>17)</sup> Vgl. W. Emin, a. a. O. (Anm. 2), S. 24; V. Kravcov, a. a. O. (Anm. 4), S. 36; I. Blišcenko, *Meždunarodne pravovye aspekty evropejskoj bezopasnosti*, in: *Problemy sovremennoj Evropy*, redig. von V. N. Beleckij/Ju. N. Rachmaninov/A. I. Stepanov, Moskau 1974, S. 140 f.; Ju. Kolosov, a. a. O. (Anm. 3), S. 15; G. Arbatov, *Manevry protivnikov razrjadki*, in: *Pravda* 4. 9. 1975; Ausführungen eines polnischen Vertreters auf der Jahresversammlung des Internationalen Rundfunkinstituts lt. *Polnische Sorge vor westlichem Rundfunk*, in: *FAZ*, 30. 8. 1975; V. Korobejnikov, a. a. O. (Anm. 4), S. 100.

Die sowjetischen Vertreter bei den Vereinten Nationen machten nachdrücklich geltend, daß der Informationsfluß über die Grenzen hinweg nicht von „unverantwortlichen privaten Firmen und Gesellschaften“, sondern von „verantwortlichen Regierungsfunktionären“ seinen Ausgang nehmen solle<sup>18)</sup>. Diese Forderung war im Sinne des sowjetischen Konzepts konsequent. Denn je mehr die öffentliche Meinung eines Landes verstaatlicht ist, desto leichter kann der betreffenden Regierung eine uneingeschränkte Verantwortlichkeit für Auswahl und Ausrichtung der publizierten Information zugemutet werden.

Natürlich wissen die maßgeblichen Funktionäre in Moskau, daß der angestrebte Endzustand in den westlichen Ländern nicht ohne weiteres — und vor allem nicht auf einmal — zu erreichen ist. Daher wurde, solange dort noch regierungsunabhängige Massenmedien eine Rolle spielten, ausdrücklich die Forderung nach einer vollen Regierungsverantwortlichkeit auch für die privaten Organe der öffentlichen Meinung angemeldet<sup>19)</sup>. Indirekt soll also auf jeden Fall eine Regierungskontrolle gewährleistet sein. Dieses Verlangen bezieht sich grundsätzlich nicht nur auf die Medien der grenzüberschreitenden Information. Vielmehr sollte ausnahmslos gelten, daß der Staat „die Kontrolle über die grundlegenden Sphären des gesellschaftlichen Lebens verwirklicht“ und daher auch „die Informationsströme so regelt, daß sie auf beste Weise die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Ländern fördern und den Hoffnungen der ganzen Menschheit insgesamt entsprechen“<sup>19a)</sup>. Einige frühere zwischenstaatliche Übereinkünfte mit propagandapolitischen Wohlverhaltensklauseln — wie insbesondere die amerikanisch-sowjetische Vereinbarung über die Auf-

<sup>18)</sup> So Ja. Malik vor der UNO-Vollversammlung am 25. 10. 1972, zitiert bei R. D. Heffner, a. a. O. (Anm. 2), S. 492.

<sup>19)</sup> So W. Emin, a. a. O. (Anm. 2), S. 24; G. Arbatov, a. a. O. (Anm. 17).

<sup>19a)</sup> V. Korobejnikov, a. a. O. (Anm. 4), S. 100. In diesem Sinne: Antisowjetische Umweltverschmutzung durch das Fernsehen der BRD, in: *ND* 9. 1. 1976; *Radio Prag*, deutsch, 25. 1. 1976. Dem entspricht es, wenn von sowjetischen Vertretern Personen des politischen und gesellschaftlichen Lebens der Bundesrepublik tadelnd und fordernd auf die angeblich friedensstörende Tätigkeit westdeutscher Inlandsmedien — wie beispielsweise des ZDF oder der Springer-Presse — angesprochen wurden. Charakteristischerweise wurden in einer IPW-Studie neben den Sendern mit Ostprogrammen auch ARD und ZDF als „Hauptwerkzeuge der anhaltenden geistigen Aggression“ genannt (Kreuzzug gegen friedliche Koexistenz. Psychologische Kriegführung heute, redig. von G. Grasnick/H. Pirsch/A. Rehahn, Berlin [Ost], Frankfurt/Main 1975, S. 138).



nahme diplomatischer Beziehungen von 1933 und die Völkerbundskonvention über die Nutzung des Rundfunks von 1936 — wurden als Beweise dafür angeführt, daß eine derartige Einschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit bereits geltendes Völkerrecht darstelle<sup>20</sup>). Der gewünschte Prozeß einer Umstrukturierung des Informationssystems in den westeuropäischen Staaten suchte die sowjetische Seite unter anderem dadurch zu fördern, daß sie die internationale Zusammenarbeit zwischen den Rundfunk- und Fernsehanstalten möglichst auf die staatlich kontrollierten Institutionen im Westen beschränken wollte<sup>21</sup>).

### Die Auseinandersetzungen in der UN-Vollversammlung

Der sowjetische Vorstoß in der UN-Vollversammlung fand nicht den Beifall der Mehrheit. Vor allem scheint der Gedanke, daß die von Gromyko vorgeschlagene Konvention eine Rechtsgrundlage für den Abschluß von Satelliten und damit für gewaltsame Konflikte im Weltraum bilden könnte, abgeschreckt zu haben<sup>22</sup>). Allerdings wurde das Argument, daß eine hemmungslose Informationsverbreitung internationale Konflikte schüren, moralische Grundlagen erschüttern und nationale Eigenständigkeiten gefährden könnte, darum nicht völlig abgelehnt. Der Gedanke, daß regulierende völkerrechtliche Vereinbarungen getroffen werden müßten, blieb daher im Raum. Dementsprechend stimmten, nachdem die sowjetische Delegation ihr Maximalverlangen vorerst fallengelassen hatte, am 9. November 1972 alle Mitglieder der UN-Vollversammlung außer den Amerikanern einer Resolution zu, nach der Grundsätze über den Einsatz künstlicher Erdtrabanten für direkte Fernsehübertragungen ausgearbeitet werden sollten.

Während der folgenden Arbeitsgruppenberatungen suchten die Repräsentanten Schwedens und Kanadas 1974 durch einen Formulierungsentwurf zu vermitteln, demzufolge das Satellitenfernsehen nur in diejenigen Länder ausgestrahlt werden sollte, die sich durch ihre Regierungen damit einverstanden erklärt hatten. Da gleichzeitig von freier Information die Rede war, muß angenommen werden, daß sich die Urheber der weitreichenden Auslegbarkeit ihrer ersten Formel nicht bewußt waren<sup>23</sup>).

<sup>20</sup>) G. Arbatov, a. a. O. (Anm. 17); V. Korobejnikov, a. a. O. (Anm. 4), S. 99.

<sup>21</sup>) Ebenda.

<sup>22</sup>) R. D. Heffner, a. a. O. (Anm. 2), S. 490.

<sup>23</sup>) Ebenda, S. 487, 490—495; I. de Sola Pool (Anm. 2), S. 35, 40 f., 66—68 Vgl. die Einschätzung der Einstellung der afro-asiatischen Staaten bei Ju. Žukov Otraviteli, in: Znamja 11/1974, S. 194 f.

### Beratungen in der UNESCO

Die Situation fand auch ihren Ausdruck in einer Deklaration der UNESCO vom November 1972 über den Gebrauch des Satellitenfernsehens für Bildungszwecke. Darin war von den Grundsätzen des Friedens, der Freundlichkeit und der Zusammenarbeit unter den Nationen die Rede. Die „Souveränität und Gleichberechtigung aller Staaten“ sollte respektiert werden. Dementsprechend wurde jedem Land das Recht zugebilligt, „über den Inhalt der Bildungsprogramme zu entscheiden, die über Satelliten an sein Volk ausgestrahlt werden“. Es sei notwendig, so hieß es, „daß die Staaten unter Berücksichtigung des Prinzips der Informationsfreiheit im voraus Vereinbarungen treffen oder betreiben bezüglich direkter Fernsehübertragungen an die Bevölkerung von anderen Ländern als dem Übermittlungsursprungsland“<sup>24</sup>). Diese Bestimmungen hatten allerdings nur den Charakter einer unverbindlichen Empfehlung an die Mitgliedsstaaten.

Die Experten der UNESCO berieten während ihrer Sitzung im Jahre 1974 einen Deklarationsentwurf über die Rolle der Massenmedien. In Überschrift und Präambel wurde als das Ziel herausgestellt, alle Ideen der Kriegsverherrlichung, des Rassismus und der Apartheid zu bekämpfen. Die „wechselseitige Achtung der Rechte und der Würde der Staaten und Völker“ sollte zusammen mit den Prinzipien der Charta und der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen die orientierende Norm bilden. Den Staaten war die Verantwortlichkeit zugeordnet, ihre Massenmedien dementsprechend zu „ermutigen“. Den Staaten wurde das Recht zugesprochen, Informationen über „nationale Ereignisse“ im Ausland zu verbreiten<sup>25</sup>).

Die drei Delegationen der Sowjetunion brachten eine Reihe von Veränderungsvorschlägen ein. Sie wünschten, daß die Hinweise auf die UN-Menschenrechtsdeklaration und auf die Freiheit der Meinungsäußerung wegfielen. Statt dessen sollte das „Prinzip der Achtung für die nationale Souveränität“, verbunden mit dem Gebot einer Förderung der zwischenstaatlichen Verständigung mittels der Massenmedien, ausschließlich im Mittelpunkt stehen. Nach sowjetischer Absicht sollte auch die anti-

<sup>24</sup>) UNESCO: Declaration of Guiding Principles on the Use of Satellite Broadcasting for the Free Flow of Information, the Spread of Information and Greater Cultural Exchange, Nov. 1972.

<sup>25</sup>) UNESCO, CL 2462 (Annex I), Text of the Draft Declaration Contained in Document 18 C/35 Submitted to the General Conference at Its Eighteenth Session (1974).



rassistische Tendenz noch stärker hervortreten. Als Kernbestimmung wurde angeregt: „Die Staaten sollen verpflichtet sein, alle notwendigen Schritte einschließlich rechtlichen Vorgehens zu unternehmen, um supranationale Körperschaften daran zu hindern, in den Territorien von Staaten Propaganda zu verbreiten, die mit dem Prinzipien der UN-Charta und dieser Erklärung unvereinbar sind.“ Außerdem wollten die sowjetischen Vertreter un- zweideutig ausgesprochen wissen, daß sich das vorliegende Dokument auf die gesamte Tätigkeit aller Massenmedien — und nicht etwa nur auf Teilbereiche davon — erstrecke <sup>26)</sup>.

Die Delegation der DDR schlug eine Formulierung vor, nach der „die Ausübung des Rechtes der Informationsfreiheit besondere Verantwortung nach sich“ ziehe. Dementsprechend sollte es die „Pflicht der Staaten, die Information verbreiten,“ sein, „wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine Regelung des Gebrauchs der Massenmedien gerichtet sind, damit wahrscheinliche Informationsmißbräuche unterdrückt werden“. Außerdem wurde gefordert, daß den Staaten ausdrücklich eine „Verantwortung für die Aktivitäten der nationalen Massenmedien“ zufallen solle und daß sie daher „Informationen in einer Weise“ zu verbreiten hätten, „die mit der wechselseitigen Achtung der Rechte und der Würde aller Staaten und Völker vereinbar“ sei. An die Stelle eines Hinweises auf die Menschenrechte, auf den die sowjetische Seite nicht Bezug genommen hatte, sollte die Berufung auf die „Prinzipien des Völkerrechts“ treten <sup>27)</sup>.

Die UNESCO-Experten nahmen diese Auseinandersetzungen im Dezember 1975 wieder auf. Die Vertreter der kommunistisch regierten Staaten forderten, daß ein vermehrter Informationsaustausch an die Bedingungen der Friedensdienlichkeit, der Vertrauensverstärkung und der Kulturförderlichkeit geknüpft werden müssen. Aus diesem Grund sollten genau umschriebene Prinzipien für den Gebrauch der Massenmedien formuliert werden, die ohne Rücksicht darauf, in wessen Besitz sich diese Medien befänden, Geltung zu beanspruchen hätten. Ein derartiges Abkommen müsse selbstverständlich auf den allgemein anerkannten Völkerrechtsgrundsätzen der natio-

nen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten beruhen.

Auch bei zahlreichen Vertretern der Entwicklungsländer machte sich eine deutliche Reserve gegenüber der Vorstellung von einer totalen staatlichen Informationskontrolle bemerkbar. Der Staat und die Medien, so hieß es, hätten unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen. Nur in Extremfällen solle die staatliche Gewalt eingreifen, um Auswüchse und Mißbräuche zu verhindern.

Die Repräsentanten der westlichen Staaten wiesen auf den bis vor kurzem vorhandenen Konsens über einen freien Informationsaustausch hin, der etwa in der Menschenrechtsdeklaration der UNO oder in der Verfassung der UNESCO seinen Ausdruck gefunden habe. Sie räumten jedoch ein, daß im Interesse eines nicht zur einseitigen Informationsflusses über die Grenzen hinweg Rücksichten erforderlich seien. Daher, so erklärten sie, sei der Gedanke von einer Verantwortung der Medien legitim, doch müsse diese Verantwortlichkeit bei den Medien selbst — und nicht etwa bei den Regierungen — liegen.

Das Ergebnis der Diskussionen war ein Entwurf, der sowohl die politischen und sittlichen Verpflichtungen der Medien unterstrich als auch den Informationsaustausch über die Grenzen hinweg schlechthin zu einem positiven Faktor des internationalen Lebens erklärte. Neben die volle Respektierung der einzelstaatlichen Souveränitätsrechte wurde das Recht der einzelnen Länder und ihrer Massenmedien gesetzt, Nachrichten über nationale Ereignisse nach auswärts zu verbreiten. Von entscheidender Wichtigkeit war, daß den staatlichen Gewalten kein Wächter- und Richteramt darüber zugewiesen wurde, ob die Informationsorgane im In- und Ausland den Geboten des politisch und moralisch Guten entsprechend handelten. Das bedeutete, daß die Medien als selbstverantwortlich behandelt wurden. Der Entwurf enthielt zwar viele Formulierungen, welche die Sowjetunion und ihre Verbündeten in ihrem Sinne auszunutzen versuchen konnten, ließ aber die deutliche Tendenz der meisten UNESCO-Experten erkennen, mögliche Mißbräuche einer unumschränkten Informationsverbreitung nicht mittels staatlicher Aufsicht und staatlicher Repression abzustellen <sup>28)</sup>.

<sup>28)</sup> UNESCO, COM-75/CONF. 201/5 (Annex): Draft Declaration on Fundamental Principles Concerning the Use of Mass Media in Strengthening Peace and International Understanding and in Combating War Propaganda, Racism and Apartheid.

<sup>26)</sup> UNESCO, CL 2462 (Annex II), Proposed Amendments to the Draft Declaration Contained in Document 18 C/35 (1974): Byelorussian Soviet Socialist Republic (18 C/COM/DR. 6), Ukrainian Soviet Socialist Republic (18 C/COM/DR. 3), Union of Soviet Socialist Republics (18 C/COM/DR. 4 + 10).

<sup>27)</sup> Ebenda: German Democratic Republic (18 C/COM/DR. 5).



## 2. Aktionsfeld KSZE

### Die Ausgangslage

In Europa standen den Staaten des sowjetischen Lagers fast ausschließlich Länder mit westlich-demokratischer Organisation und Tradition gegenüber, die an einem freien Nachrichtenwesen interessiert waren. Daher operierte die sowjetische Seite hier nicht in erster Linie mit Thesen, die den freien Informationsfluß als solchen zu einer Gefahr hochstilisierten. Vielmehr bildeten Parolen des Friedens und der Entspannung den Ausgangspunkt der Argumentationen. Zu Beginn der multilateralen Vorgespräche zur KSZE freilich suchte Moskau die Frage überhaupt auszuklammern: Es stünden, so hieß es, nur die zwischenstaatlichen Verhältnisse — nicht aber Fragen der Beziehungen zwischen den Gesellschaften — zur Verhandlung. Daher könnten die Probleme der Informationsverbreitung im Zusammenhang der KSZE überhaupt nicht erörtert werden. Jedes — angeblich der Aufgabenstellung der KSZE zuwiderlaufende — Verlangen, eine freiere Übermittlung von Nachrichten und Ideen zu behandeln, war demnach automatisch mit einer Sabotage an der Konferenz gleichbedeutend. Unterstützend wurde geltend gemacht, die Systemunterschiede in Europa seien so groß, daß an kein Einvernehmen hierüber zu denken sei und daß infolge dessen eine Behandlung dieses Themas nur darauf abzielen könne, die KSZE zum Scheitern zu bringen<sup>29)</sup>.

Nachdem Breshnew unter dem Eindruck einer geschlossenen Gegnerschaft der atlantischen und der neutralen Staaten am 21. Dezember 1972 einer Erörterung der Informationsverbreitung zugestimmt hatte, machte die sowjetische Seite das Prinzip der uneingeschränkten einzelstaatlichen Souveränität und das Postulat der Friedens- und Moraldienlichkeit zu den Eckpunkten ihrer Verhandlungsposition. Das lief auf eine Strategie der doppelten Absicherung gegen das Verlangen nach einer freieren Informationsverbreitung hinaus. Wenn die sowjetische Führung und ihre Verbündeten völkerrechtlich die absolut souveräne und ungebundene Verfügungsgewalt über die ihren Bevölkerungen angebotenen Informationen zugesprochen erhielten, dann konnten sie jede ihnen unerwünschte Nachricht aus dem We-

sten auf der Basis eines Ost-West-Konsenses als illegitim bezeichnen und behandeln. Wenn nur diejenigen Informationsgehalte als zulässig anerkannt würden, die nach der Meinung der Herrschenden in den östlichen Empfangsländern einem guten Verhältnis zwischen den Staaten und dem moralischen Wohlbefinden der Völker zuträglich waren, dann könnten alle unerwünschten geistigen Einflüsse als diesen Anforderungen nicht entsprechend abgelehnt werden.

Der Verzicht auf die Absicht, die von den NATO-Staaten verlangte Diskussion über einen „freieren Austausch von Personen, Informationen und Ideen“ auf der KSZE nicht zuzulassen, bedeutete keinen Verzicht auf den diplomatischen Kampf gegen die nach Osteuropa sendenden westlichen Rundfunkstationen. Die Aufmerksamkeit galt vor allem den Anstalten, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik tätig waren. Unter der Leitthese, daß „Radio Liberty“, „Radio Free Europe“, der RIAS, die „Deutsche Welle“ und der „Deutschlandfunk“ die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa unerträglich belasteten, erwog die sowjetische Führung Diskussionen des Fragenkomplexes auf der KSZE. Ein enger Berater von Generalsekretär Breshnew, Vladimir Smirnow, soll ein Papier darüber ausgearbeitet haben, wie die fünf Sender als „geistige Aggressoren“ in einen Gegensatz zur Entspannung gerückt werden könnten. Falls es nicht gelinge, ihre Schließung zu erreichen, sollte sich die Bundesregierung wenigstens dazu verstehen, den genannten Anstalten jede Propaganda gegen die UdSSR und andere Länder, mit denen sie freundschaftliche Beziehungen unterhalte, zu untersagen<sup>30)</sup>.

### Das östliche Vorgehen im Frühjahr und Sommer 1973

Durch Breshnews Wendung vom 21. Dezember 1972 wurde die Informationsverbreitung zwischen Ost und West zum offiziellen Konferenzthema. Auf der Moskauer Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten vom 15./16. Januar 1973 koordinierte die sowjetische Seite die KSZE-

<sup>29)</sup> Vgl. A. Kokeev und V. Chaloša bei einer Diskussion des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, in: MEMO 6/1972, S. 84, 86; Real'nye uspechi, in: Za rubežom 49/1972, S. 2; E.-U. Fromm, Gut gerüstet, in: Die Welt 23. 11. 1972; Geschmeidige sowjetische Sprache, in: FAZ 14. 12. 1972.

<sup>30)</sup> Radio Free Europe [hinfort: RFE], Quarterly Operational Report [hinfort: QOR] 8, Oct.-Dec. 1972, S. 62 (Anm.). Vgl. das „Gespräch am runden Tisch“ zwischen A. Grigor'janc, V. Matveev und A. Družinin, Radio Moskau, russ., 2. 9. 1973; „Radio Liberty“ and Peaceful Coexistence, in: Soviet Weekly 4. 8. 1973.



Strategie der verbündeten Staaten mit ihrer neuen Linie<sup>31)</sup>. Zum Wiederbeginn der Vorgespräche schlug der sowjetische Vertreter am 22. Januar 1973 vor, daß unter anderem über eine „Ausdehnung der kulturellen Zusammenarbeit und Kontakte zwischen Organisationen und Einzelpersonen sowie Verbreitung von Informationen“ gesprochen werden solle<sup>32)</sup>.

Einige Tage später trat der polnische Chefdelegierte mit dem Verlangen hervor, die Teilnehmerstaaten der KSZE müßten eine Verantwortung dafür übernehmen, daß von ihrem Gebiet aus nur Einflüsse im Sinne des Friedens, der Gutnachbarlichkeit und der Moral auf andere Länder ausgingen. Vertreter anderer östlicher Staaten, namentlich auch der UdSSR, griffen diesen Vorschlag auf und machten ihn zur zentralen Forderung gegenüber der westlichen Seite<sup>33)</sup>. Die UdSSR und ihre Verbündeten stießen freilich mit ihren Wünschen bei den anderen Teilnehmerstaaten auf wenig Gegenliebe. Da die Vorgespräche nur der Festlegung einer Tagesordnung galten, stand die Frage jedoch vorerst noch nicht zur Entscheidung.

Auf einer Pressekonferenz, die der polnische Außenminister Stefan Olszowski am 13. April 1973 während eines Besuchs in Kopenhagen gab, ließ er sich von Journalisten seines Landes fragen, wie er die Tätigkeit von „Radio Free Europe“ im Zusammenhang mit der KSZE beurteile. Olszowski gab zur Antwort, daß er die Angelegenheit nicht mit dem dänischen Außenminister erörtert habe, da dessen Land für diese Rundfunkstation nicht verantwortlich sei. Diese Verantwortung liege bei den Vereinigten Staaten und bei der Bundesrepublik, mit denen das Problem besprochen werde. Die Frage der freieren Information müsse unter dem Gesichtspunkt der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und der Achtung für ihre Kulturen und Traditionen gesehen werden. „Radio Free Europe“ entspreche diesen Anforderungen nicht, sondern stelle eine „Spionage- und Subversionsorganisation“ dar<sup>34)</sup>.

Die Aussagen des polnischen Außenministers setzten einen Akzent, der von da an ständig

in den öffentlichen Argumentationen der östlichen Staaten wiederkehren sollte: Die Ausstrahlung von Information von einem Land in ein anderes sei als ein Anschlag auf die Souveränität des Empfängerstaates und als Einmischung in dessen innere Angelegenheiten zu werten.

Während der Außenministertagung der KSZE vom 3. bis 8. Juli 1973 kamen in den verschiedenen Stellungnahmen generelle Grundhaltungen zum Ausdruck. Die meisten Außenminister auf atlantischer und neutraler Seite plädierten nachdrücklich für eine freiere Informationsverbreitung. Die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten dagegen wollten davon nichts wissen. Für die Sowjetunion sprach Gromyko dezidiert von einer „Ausweitung der kulturellen Zusammenarbeit sowie der Kontakte von Organisationen und Menschen“ — also von einer staatlich manipulierten und kontrollierten Kooperation, die einen freien Austausch ausschloß. Anschließend legte er ausführlich die Souveränitäts- und Dienlichkeitsvorbehalte seines Landes dar<sup>35)</sup>.

Der sowjetische Entwurf für eine Generaldeklaration vom 4. Juli 1973 enthielt gleichartige Formulierungen. Dabei wurde die als oberstes Gebot herausgestellte Nichteinmischung als die Pflicht der Teilnehmerländer definiert, „die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen der anderen Staaten zu respektieren“<sup>36)</sup>. Der kulturellen Zusammenarbeit, den Kontakten und dem Informationsaustausch wurde ein eigener Entwurf gewidmet, als dessen Urheber aufgrund einer blockinternen Absprache Polen und Bulgarien auftraten. Die Präambel enthielt dem Sinne nach erneut die Souveränitäts- und Dienlichkeitsvorbehalte. Die weiteren Ausführungen vermieden verbindliche Festlegungen und verwiesen auf den — als wünschenswert bezeichneten — Abschluß künftiger zwischenstaatlicher Vereinbarungen über kulturelle Zusammenarbeit, über Kooperation im Bildungswesen, über geregelten Informationsaustausch sowie über interinstitutionelle und touristische Kontakte. Damit war indirekt zum Ausdruck gebracht, daß die internationalen Beziehungen in den genannten Bereichen hinfort ausschließlich nach Maßgabe zwischenstaatlicher Regelungen — also nach Maßgabe des freien Ermessens der beteiligten Regierungen — bestimmt werden sollten<sup>37)</sup>.

<sup>31)</sup> Vgl. U. Engelbrecht, Der Kreml, in: Kölner Stadt-Anzeiger 20. 1. 1973.

<sup>32)</sup> Wiedergabe des Vorschlags durch TASS, engl., 22. 1. 1973.

<sup>33)</sup> Vgl. Die Konferenz in Helsinki aus polnischer Sicht, in: NZZ 2. 3. 1973; Die Botschafter in Helsinki werden ungeduldig, in: FAZ 29. 3. 1973; Prinzip staatlicher Kontrolle, in: NZZ 30. 3. 1973.

<sup>34)</sup> Zitiert nach der Protokollwiedergabe in: RFE, QOR 10, Apr.-June 1973, S. 88.

<sup>35)</sup> Text: Pravda 5. 7. 1973.

<sup>36)</sup> Text: ebenda.

<sup>37)</sup> Text: Pravda 8. 7. 1973.



## Der Verlauf der Expertenphase der KSZE

Während der Genfer Sachverständigenverhandlungen seit dem 18. September 1973 kamen die Fragen der Informationsverbreitung in der Unterkommission 9 (Information) der Hauptkommission III im einzelnen zur Sprache. Als im Oktober 1973 die Diskussion auf den italienischen Vorschlag einer freien internationalen Verbreitung von Zeitungen kam, wandte sich die sowjetische Seite gegen die Sendungen der nach Osteuropa ausstrahlenden Stationen. Mit Unterstützung seitens der Verbündeten wurde den Rundfunkanstalten eine auf Systemveränderung abzielende Einmischung vorgeworfen. Demgegenüber stellten sich die westlichen Vertreter auf den Standpunkt, daß es um das Recht der Völker auf freie Information gehe (wobei jederzeit die Möglichkeit zum individuellen Abschalten unerwünschter Nachrichten bestehe<sup>38)</sup>).

Seit Herbst 1973 forderte die sowjetische Seite in der Hauptkommission III, es müsse eine Präambel formuliert werden, welche die volle Achtung der zwischenstaatlichen Verhaltensprinzipien, insbesondere der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, bei Respektierung der Souveränität, der Gesetze und der Praktiken jedweden Staates zum obersten Gebot der Zusammenarbeit, des Kontaktes und des Informationsaustausches über die Grenzen hinweg zur obersten Pflicht mache. Die westlichen Delegierten wandten dagegen ein, daß dies den Regierungen als Legitimation für den Rückzug von allen Verpflichtungen dienen könnte, die in der Unterkommission für Information beschlossen werden würden. Zusammen mit den Vertretern der neutralen Länder bestanden sie darauf, daß in den Unterkommissionen Punkt für Punkt vorzugehen sei, bevor irgendwelche allgemeine Prinzipien festgelegt würden. Zugleich sollten nur solche grenzüberschreitenden Kooperations- und Austauschbeziehungen stattfinden können, die — natürlich nach sowjetischer Ansicht — geeignet sein würden, der Erhaltung des Friedens und der Bereicherung der Völker zu nützen<sup>39)</sup>.

In der Folgezeit versuchte die östliche Seite, ihre Präambelforderung damit durchzusetzen, daß sie ein anschließendes Gespräch über die von den anderen Staaten angestrebten konkreten Verbesserungen bei der grenzüberschreitenden Verbreitung in Aussicht stellten. Nach langen und heftigen Auseinandersetzungen kam es unmittelbar vor der Sommerpause

1974 zu einem Kompromiß. Unter dem Vorbehalt, daß die strittigen Einzelheiten noch in befriedigender Weise geregelt würden, stimmten die westlichen Vertreter einer Präambel zu. Diese legte die wechselseitige Achtung vor dem Recht jedes Teilnehmerstaates zur Wahl seines gesellschaftlich-politischen Systems und zur Bestimmung seiner Gesetze und Verordnungen fest. Zugleich verpflichteten sich die Staaten zu einem dem Völkerrecht und den KSZE-Beschlüssen konformen Verhalten und zu einer weiteren Verbesserung der wechselseitigen Kooperation und Informationsverbreitung. Eine derartige Verbesserung wurde als vorbehaltlos im Interesse von Frieden und Verständigung liegend bezeichnet.

Der Grundgedanke der Übereinkunft bestand darin, daß die Konferenzteilnehmer, ungeachtet des Hinweises auf die einzelstaatlichen Selbstbestimmungsrechte, es vermieden, die einzelstaatlichen Regelungen zu Normen bei der Durchführung der Zusammenarbeit, des Kontaktes und der Informationsverbreitung zu erklären. Außerdem wurde durch den Rückbezug der grenzüberschreitenden Kooperation und Informationsverbreitung auf den gesamten Prinzipienkatalog gewährleistet, daß den Grundsätzen der Souveränität und der Nichteinmischung (welche letztere überdies im Sinne eines Verbots interventionistischer Gewalteinwirkung definiert wurde) keine Zentralfunktion zukommen würde. Auch legten sich die Teilnehmerstaaten inhaltlich auf eine Förderung der menschlichen Kontakte, der Informationsverbreitung und der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Völkern fest<sup>40)</sup>.

Die westlichen Teilnehmerstaaten wünschten unter anderem, daß im Sinne einer freieren Informationsverbreitung die Tätigkeit von Störsendern dauernd eingestellt werden sollte. Die UdSSR hatte zwar zu Beginn der Genfer Sachverständigenverhandlungen die technischen Gegenwirkungen gegen die meisten westlichen Rundfunkprogramme (darunter freilich nicht der beiden Münchener Sender) aufhören lassen, war aber nicht bereit, diesen Schritt unwiderruflich festzulegen. Tatsächlich begannen weitere Störungen im Januar 1974, wenn auch nur zeitweilig. Das westlich-neutrale Drängen auf ein Verbot von Störsendern stieß daher auf unüberwindliche östliche Ablehnung. Alle westlichen und neutralen Forderungen nach einer freien Informationsver-

<sup>38)</sup> Vgl. dazu auch die in RFE, QOR 12, Oct.-Dec. 1973, S. 85-87, zitierten Presseberichte.

<sup>39)</sup> Vgl. G. Henze, Neue Aufgaben der Entspannungspolitik, in: Europa-Archiv 18/1975, S. 570.

<sup>40)</sup> Vgl. mit dem Text der KSZE-Schlußakte u. a. folgende Berichte: In Genf beharrt der Westen auf Wahrung seiner Rechte, in: FAZ 27. 7. 1974; Bonn begrüßt Fortschritt bei der Sicherheitskonferenz, in: Stuttgarter Zeitung 31. 7. 1974; Undurchsichtiges an der „Sicherheitskonferenz“, in: NZZ 6. 8. 1974.



breitung über den Äther führten nur zu Gegenwürfen über angebliche Mißbräuche dieser Informationsverbreitung und zu dem Verlangen nach Maßnahmen hiergegen.

Eine Ubereinkunft schien ausgeschlossen. Erst unmittelbar vor dem Ende der KSZE wurde auf amerikanisches Drängen „die Ausdehnung bei der Verbreitung von Information durch Rundfunksendungen“ festgestellt. Die Teilnehmerstaaten drückten dabei „die Hoffnung auf Fortsetzung dieses Prozesses aus, so daß das dem Interesse an gegenseitiger Verständigung zwischen den Völkern und den von der Konferenz festgelegten Zielen entspricht“. Mit diesen verklausulierten Wendungen war gemeint, daß die Reduzierung der östlichen Störtätigkeit begrüßt würde und daß ein weiterer Abbau als wünschenswert gelten sollte. Damit sollte, wie die westliche Seite bei den Verhandlungen deutlich machte, die Informationsverbreitung über den Äther in jedem Fall ohne inhaltliche Vorbehalte als im Interesse der Völkerverständigung und der Konferenzziele liegend gelten. Im übrigen wurde eine „Zusammenarbeit im Bereich der Information auf der Grundlage kurz- oder langfristiger Abkommen oder Vereinbarungen“ in Aussicht genommen<sup>41)</sup>.

### **Kontroversen um die Interpretation der KSZE-Beschlüsse**

Mit der gemeinsamen Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki am 1. August 1975 waren die Auseinandersetzungen nicht abgeschlossen. Sie verlagerten sich lediglich von den Verhandlungen über die strittigen Punkte in den Streit um die Interpretation der diese betreffenden Beschlüsse. Das ließ bereits die Rede von Generalsekretär Breshnew auf der Abschlusssitzung erkennen. Der Parteichef sprach sich zwar für einen „breiteren Informationsaustausch“ aus, schränkte dabei aber ein, daß dieser „im Interesse des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern“ erfolgen müsse. Dabei fügte er erläuternd hinzu, „daß die Informationsmittel den Zielen des Friedens und des Vertrauens dienen können, aber auch in der Welt das Gift des Zwistes zwischen den Ländern und Völkern verbreiten können“. Nach sowjetischer Absicht sollten „die Ergebnisse der Konferenz als richtige Orientierung für die Zusammenarbeit auch in diesen Be-

reichen dienen“<sup>42)</sup>. Breshnew suchte damit in der Weltöffentlichkeit den falschen Eindruck zu erwecken, als habe sich das Konzept, das er am 21. Dezember 1972 umrissen hatte, auf der KSZE durchgesetzt.

Diese Thesen kehrten seither in vielen einschlägigen sowjetischen Stellungnahmen wieder. Interpretierend hieß es dazu, die Resultate der KSZE orientierten „auf eine Verbreitung von wahrhaftiger Information“, und niemand habe „das Recht, diese Resultate als die Gewährung der Freiheit auszulegen, in der Welt das Gift der Feindschaft, der Desinformation und der Verleumdung auszustreuen“<sup>43)</sup>. Die sowjetischen Kommentatoren hoben auch hervor, daß die Teilnehmerstaaten der KSZE ohne jede Einschränkung oder Bindung das Prinzip der einzelstaatlichen Souveränität im Blick auf den internationalen Informationsaustausch beschworen hätten<sup>44)</sup>. Dabei störte es sie nicht, daß in der Schlußakte Hinweise auf einzelstaatliche Kompetenzen sorgfältig und untrennbar mit der Bekundung gemeinsamer Absichten im Sinne der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Kommunikationsverbesserungen verknüpft worden waren<sup>45)</sup>.

Als Rechtfertigung diene das sowjetische Konzept für die Strukturierung der geistigen Austauschbeziehungen zwischen Ost und West, demzufolge ausschließlich eine staatlich organisierte und gelenkte Zusammenarbeit vorgesehen war. Die Vereinbarkeit mit den beschworenen Menschenrechten und Grundfreiheiten wurde dadurch hergestellt, daß die „öffentliche Ordnung, die den Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung dient,“ zum Ausgangspunkt der Argumentation gemacht wurde. Die Mehrheit, so hieß es, habe das Recht, daß die ihnen dienende öffentliche Ordnung den Vorrang erhalte und „nicht nach der Willkür der einen oder anderen Person oder Gruppe“, die andere Ansichten verrete, in Frage gestellt werden dürfe. Daher müsse das „Recht auf freien Ausdruck der Meinung und auch den Empfang von Informationen“, „wenn dies für die Respektierung der Rechte und des Ansehens anderer Personen, für den Schutz der Staatssicherheit, der Gesellschaftsordnung, der Gesundheit oder der Moral notwendig ist“, angemessenen Einschränkungen unterliegen<sup>46)</sup>.

<sup>42)</sup> Text: Pravda 1. 8. 1975.

<sup>43)</sup> M. Michajlov, Zapovedi mirnogo sosuščestvovanija, in: Nedelja 11.—17. 8. 1975, S. 4.

<sup>44)</sup> So z. B. ebenda.

<sup>45)</sup> Vgl. G. Wettig, Praktische Probleme bei der Begegnung, beim Dialog und beim Informationsaustausch zwischen Ost und West, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 38/75, 20. 9. 1975, S. 33 f.

<sup>46)</sup> I. Bliščenko, a. a. O. (Anm. 17), S. 140 f.

<sup>41)</sup> Text der KSZE-Schlußakte, zitiert nach: Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/3867, 23. 7. 1975, S. 25. Hierzu G. v. Groll, Die Schlußakte der KSZE, in: Außenpolitik 3/1975, S. 262.



Während die DDR besonderen Wert auf die These legte, daß die auf der KSZE sanktionierte „Unverletzlichkeit der Grenzen“ als deren Undurchdringlichkeit für ungebetene auswärtige Informationen auszulegen sei<sup>47)</sup>, stellte die Sowjetunion — im Widerspruch zum Text der Schlußakte<sup>48)</sup> — die postulierte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten als ein völkerrechtliches Verbot jeder westlichen Nachrichtenübermittlung nach Osteuropa hin, die nicht auf zwischenstaatlicher Vereinbarung mit den Regierungen der betroffenen Warschauer-Pakt-Staaten beruhe<sup>49)</sup>. Die Informationsfreiheit, von der in den KSZE-Beschlüssen die Rede sei, könne daher nicht aufgefaßt werden als eine „Verpflichtung (für die Warschauer-Pakt-Staaten), die Türen weit für eine antisowjetische subversive Propaganda zu öffnen“. Der Rahmen des „Verzichts auf Verleumdung, auf das Schüren von Haß und Mißtrauen, auf ideologische Diversionen und auf die subversiven Methoden des ‚psychologischen Krieges‘“

müsse von der westlichen Seite unbedingt eingehalten werden.

Die USA seien — auch aufgrund früherer bilateraler Vereinbarungen — verpflichtet, dementsprechend mit der „subversiven Tätigkeit der Radiostationen ‚Liberty‘ und ‚Free Europe‘ Schluß zu machen“. Die „Überwindung des Erbes des ‚kalten Krieges‘ in allen Sphären einschließlich der propagandistischen Tätigkeit“ bedeute freilich nicht für die östliche Seite die „Beendigung des ideologischen Kampfes“, der „objektiv bedingt“ sei und daher weitergehen müsse. Der prinzipielle Antagonismus zum Westen sei durch den Klassenunterschied historisch bedingt; die UdSSR und ihre Verbündeten könnten daher „nicht die Verpflichtung auf sich nehmen, den sozialen ‚Status quo‘ in der Welt zu garantieren und die durch die objektiven Gesetze der historischen Entwicklung hervorgebrachten Prozesse des Klassen- und Nationalbefreiungskampfes anzuhalten“<sup>50)</sup>.

### 3. Die politische Bedeutung der in den Warschauer-Pakt-Bereich ausgestrahlten westlichen Rundfunkprogramme

#### Der Umfang und die Zusammensetzung der östlichen Hörerschaft

Die westlichen Sendungen, welche die Bevölkerung der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten erreichen, stellen die einzige kontinuierliche und wirksame Durchbrechung des offiziellen Informationsmonopols dar. In der UdSSR werden die Programme von „Radio Liberty“ täglich von durchschnittlich 4,5 bis 5 Millionen Sowjetbürgern empfangen. Auf einen ganzen Monat bezogen, liegt die Zahl zwischen 35 und 40 Millionen. Davon drehen über 50 % ihr Gerät regelmäßig an. Die Einschaltquoten der anderen westlichen Rundfunkanstalten — namentlich der „Stimme Amerikas“ und der „BBC“ — erreichen ähnliche

Einschaltquoten. Die „Deutsche Welle“ findet eine zwar geringere, aber im Vergleich zu ihrer sehr kurzen Sendezeit doch eine ungewöhnlich große Resonanz. Der Empfängerkreis der verschiedenen Stationen überlappt sich freilich weitgehend, wenn man davon absieht, daß „Radio Luxemburg“ und seit einiger Zeit auch die „Stimme Amerikas“ ein anderes, nämlich vornehmlich an unpolitischer Unterhaltung interessiertes Publikum haben. Die Einschaltungen bedeuten nicht notwendigerweise eine Billigung des Tenors der empfangenen Sendungen: Das Informationsbedürfnis ist vielfach so groß, daß auch hinsichtlich ihrer Tendenz mit Skepsis beurteilte Programme gehört werden, vor allem wenn sie Nachrichten enthalten.

Die Bereitschaft der Sowjetbürger, westliche Informationssendungen anzustellen, wächst mit dem Grad ihrer Bildung. Dementsprechend finden „Radio Liberty“, BBC und „Deutsche Welle“ vor allem bei den Universitätsstudenten und bei der technischen, wissenschaftlichen oder literarischen Intelligenz ihre Hörer. Sehr hoch ist auch der Anteil an politisch interessierten Jugendlichen. Mitglieder der KPdSU

<sup>47)</sup> Rede von E. Honecker am 11. 9. 1975, in: ND, 12. 9. 1975.

<sup>48)</sup> G. Wettig, a. a. O. (Anm. 45), S. 34—36.

<sup>49)</sup> Vgl. G. Arbatov, a. a. O. (Anm. 17). Vgl. auch die Erklärung von Generalsekretär L. Breschnev vom 14. 8. 1975 vor Mitgliedern des amerikanischen Kongresses, daß diejenigen Abschnitte der KSZE-Schlußakte, welche die Menschenrechte und die Informationsverbreitung betreffen, zu ihrer Verwirklichung erst nach der konkretisierenden zwischenstaatlichen Vereinbarungen bedürften (UPI-Bericht, 15. 8. 1975, nach den Notizen von John Brandmas).

<sup>50)</sup> G. Arbatov, a. a. O.



sind am relativ schwächsten vertreten, doch schaltet selbst aus dieser Gruppe jeder Dritte wenigstens gelegentlich die Westsender an. Bei den ethnischen Minderheiten der UdSSR ist die Resonanz größer als bei den Russen. Bei den meisten Hörern — nämlich bei weit mehr als einem Drittel — steht das Interesse an politischen Kommentaren und Erörterungen im Vordergrund. Außerordentlich stark ist das Interesse an den Nachrichten, namentlich an denen aus dem Warschauer-Pakt-Bereich. Der Empfang von „Radio Liberty“ ist wegen der sowjetischen Störsendetätigkeit besonders schlecht. Die BBC und die „Deutsche Welle“ lassen sich wesentlich besser empfangen<sup>51)</sup>.

In Polen und in der Tschechoslowakei hören zwei Drittel der Bevölkerung oder mehr westliche Rundfunkprogramme. Den größten Anteil daran hat mit etwa der Hälfte dieses Empfängerkreises (bei häufigem Mehrfachempfang) „Radio Free Europe“. Große Anteile haben auch „Radio Luxemburg“, die „Stimme Amerikas“ und die BBC. In der Tschechoslowakei sind auch „Radio Wien“ und die „Deutsche Welle“ sehr erfolgreich. Die verschiedenen sozialen Gruppen sind annähernd proportional repräsentiert. Im Durchschnitt hören mehr junge als alte Leute.<sup>52)</sup>

In der DDR können westdeutsche Rundfunksendungen überall ohne allzu große Schwierigkeit gehört werden. Die westdeutschen Fernsehprogramme, die von den Grenzgebieten der Bundesrepublik und von West-Berlin her ausgestrahlt werden, lassen sich nur an der äußersten Südostecke des Landes nicht empfangen. Das jahrelange Bemühen der SED, die Bevölkerung an der Einschaltung des westdeutschen Fernsehens zu hindern, blieben erfolglos. Im Frühjahr 1973 ergab eine Umfrage des Instituts für Meinungsforschung beim Zentralkomitee der SED, daß 70 % der annähernd fünf Millionen Fernsehzuschauer normalerweise die westdeutschen Sendungen bevorzugten. Daraufhin gestand Parteichef Honecker den DDR-Bürgern resigniert zu, daß sie die westdeutschen Äthermedien „nach Belieben

ein- oder ausschalten“ könnten. Die Sendungen des RIAS wurden allerdings weiterhin gestört<sup>52a)</sup>.

### Die innenpolitische Relevanz

Die Führer des sowjetkommunistischen Lagers sehen sich also in ihren Ländern mit einer Situation konfrontiert, in der das von ihnen beanspruchte Informationsmonopol — und damit eine wichtige Grundlage ihrer unumschränkten Herrschaft — durchlöchert ist. Augenscheinlich sehen sie die Gefahr für ihre Machtpositionen nicht nur in der Sympathiewerbung, welche die westlichen Sendungen im eigenen Land bewirken können, sondern in erheblichem Ausmaße auch in der bloßen Verbreitung von Informationen, welche die amtlich kontrollierten Massenmedien unterdrücken oder entstellen.

Der Umstand, daß verschiedene westliche Stationen auch unter eindeutigen Gegnern ihrer nachrichtenpolitischen Tendenzen bis hinauf in obere Parteiränge regelmäßige Rezipienten haben, läßt die weite Verbreitung des Bedürfnisses nach regierungsunabhängiger Information in den Warschauer-Pakt-Staaten deutlich werden. Mit der Verfügbarkeit der westlichen Nachrichtenkonkurrenz gewinnen weite Kreise die Möglichkeit, zu eigenen politischen Urteilen zu gelangen. Damit reduziert sich die Manipulation, die das Regime durchführen kann. Unter diesen Umständen ist die Öffentlichkeit im sowjetischen Machtbereich vor allem an einer Information über die Entwicklungen in den eigenen Ländern und über die außenpolitischen Vorgänge im Ost-West-Verhältnis interessiert.

Dieses Interesse kann, wie das duldsame Verhalten der polnischen Parteispitze bis zum Jahre 1968 zeigt, bis in die obersten Führungskreise hinein einen entscheidenden Gesichtspunkt darstellen. Im Zuge der verschärften inneren Spannungen innerhalb des sowjetischen Machtbereiches, wie sie aus dem Widerspruch zwischen der zwischenstaatlichen Entspannungspolitik mit dem Westen und der ideologischen Konfrontationspolitik gegen den Westen resultieren, hat allerdings überall bei den Regierenden das Interesse an einer Eliminierung der westlichen Nachrichtenkonkurrenz

<sup>51)</sup> Vgl. u. a. Radio Liberty's Audiences in the U.S.S.R. A Behavioral Study, Material prepared by the Audience Research and Program Evaluation Division of Radio Liberty, Mai 1973, S. 5—13, Schaubilder 1—5; The First Annual Report of the Board of International Broadcasting as Submitted to the President of the United States and to the United States Congress, 30. 10. 1974, S. 4; The Board of International Broadcasting, Second Annual Report, 30. 10. 1975, S. 22—24, 41, 49 f.

<sup>52)</sup> Ebenda, S. 24 f., 42, 50 f.; RFE-Höreranalysen vom März 1972 und Mai 1974; RFE, QOR 18, Apr.-June 1975, S. 59—64.

<sup>52a)</sup> Aus dem Bericht des Politbüros an das 9. ZK-Plenum, erstattet von E. Honecker, in: ND 29. 5. 1973. Vgl. W. Kinnigkeit, Duldung der „Ochsenköpfe“, in: Süddeutsche Zeitung 18. 1. 1974; SED-Chef gibt Empfang westdeutscher Rundfunk- und Fernsehsendungen frei, in: Der Tagesspiegel 30. 5. 1973; Lorenz fordert Ende der Störsender gegen den RIAS, in: Der Tagesspiegel 8. 6. 1974.



die Oberhand gewonnen. Dem entspricht auf der anderen Seite, daß die Publizität mittels der westlichen Äthermedien für die Dissidenten, namentlich in der UdSSR, zu der wichtigsten Möglichkeit einer Einwirkung auf die Verhältnisse des eigenen Landes geworden ist<sup>53</sup>).

Die Führungen der UdSSR, der DDR, Polens und der Tschechoslowakei suchen, solange die westlichen Länder nicht zu einer Einstellung oder wenigstens zu einer Informationsentleerung ihrer Sendetätigkeit bewogen werden können, der Nachrichtenkonkurrenz auf verschiedene Weise entgegenzuwirken. Die Ideologiesierungskampagnen, wie sie seit etwa 1970 gehäuft zu beobachten sind, sollen u. a. auch mittels einer Stärkung des „sozialistischen Bewußtseins“ die Anziehungskraft der westlichen Informationsträger brechen. Der Betrieb von Störsendern erschwert den Empfang beträchtlich, namentlich in den Ballungszentren.

Am wirksamsten wäre es freilich, wenn die Qualität der eigenen Nachrichtengebung die Konkurrenz ihrer Attraktivität berauben würde. Aber eine Entwicklung der Massenmedien wie in der Tschechoslowakei 1968 erscheint den Regierenden im Warschauer-Pakt-Bereich undenkbar. Daher gilt das Bemühen kleinen — und daher nicht allzu wirksamen — Verbesserungen. Da übernehmen osteuropäische Rundfunkanstalten Programmformeln von „Radio

## 4. Fazit

### Entspannung als Kampf gegen die westlichen Informationsträger

Das sowjetische Entspannungskonzept verbindet sich aufs engste mit dem Bestreben, eine Übermittlung ungefilterter Information von den westlichen Ländern in den sowjetischen Machtbereich zu verhindern. Statt dessen soll eine Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtenorganen auf beiden Seiten zustande kommen, die der sowjetischen Führung und ihren Verbündeten eine lückenlose Vorzensur hin-

<sup>53</sup>) Es ist darum nicht verwunderlich, daß die Dissidenten und ihre Sympathisanten im Westen stets und überall als die entscheidendsten Befürworter der westlichen Sendetätigkeit auftreten. Umgekehrt hat die sowjetische Führung während des Jakir-Krassin-Prozesses vergeblich versucht, durch die Herausstellung der angeblichen Komplizenschaft der Angeklagten mit den westlichen Rundfunkanstalten eine Einschüchterungswirkung zu erzielen, welche die Bevölkerung von weiterem Empfang abhalten sollte.

Free Europe“ und passen sie ihren eigenen Zielen an<sup>54</sup>). Die amtlichen Massenmedien sehen sich veranlaßt, ihr Nachrichtenangebot zu vergrößern, um der westlichen Seite nicht die Alleinberichterstattung über bestimmte heikle Vorgänge zu überlassen<sup>55</sup>).

### Die außenpolitische Relevanz

Die Einwirkung der westlichen Rundfunkstationen ist nicht nur innen-, sondern auch außenpolitisch von größter Wichtigkeit. Die Führungen der kleineren Warschauer-Pakt-Staaten erlangen im politischen Verkehr mit den Männern im Kreml eine umfassendere Orientierung und damit potentiell einen größeren Handlungsspielraum. Insbesondere verfügen sie auf diese Weise über Kontrollinformationen auch in den Fällen, in denen sie sonst ausschließlich auf sowjetische Darstellungen angewiesen wären.

Auf einen weiteren Gesichtspunkt hat Aleksandr Solshenizyn aufmerksam gemacht. In der „Unterbrechung der Information zwischen den Teilen des Planeten“ erblickt er die „grimme Gefahr“, daß der Unterschrift unter internationale Abkommen kein Wert mehr zukomme: „Innerhalb einer zum Schweigen gebrachten Zone bereitet es keine Mühe, jedweden Vertrag umzudeuten oder, noch einfacher, zu zerreißen; es ist, als hätte er niemals existiert.“<sup>56</sup>)

sichtlich aller eindringenden Informationen einräumen würde<sup>57</sup>).

Der Kampf gegen die der westlichen Seite bisher offenstehenden Möglichkeiten, sich an dem Informationsaustausch zwischen Ost und West frei zu beteiligen, hat sich im Verlauf der Entspannungsphase außerordentlich intensiviert. Er spielt sich in den verschiedensten Bereichen ab: während der bi- und multilate-

<sup>54</sup>) RFE, QOR 4, Oct.—Dec. 1971, S. 33—35.

<sup>55</sup>) Äußerungen in diesem Sinne: V. Ganjuškin, 3. Čem pitajustsja „ducholovcy“ [Gespräch mit A. Czechowicz], in: Komsomolskaja pravda 29. 5. 1971; polnische Fernsehdiskussion am 27. 5. 1971, zitiert in: RFE, QOR 2, Apr.—June 1971, S. 33. Honeckers Aussagen vom 28. 5. 1973, denen zufolge der Empfang der westdeutschen Sender geduldet war, folgte das Bemühen um größere Reichhaltigkeit in den DDR-Programmen.

<sup>56</sup>) A. Solženicyn, Nobelevskaja lekcija po literature 1970 goda, Paris 1972, S. 23.

<sup>57</sup>) Vgl. Korobejnikov, Čto skryvaetsja za koncepciej „svobody informacii“, in: MŽ, 1/1976, S. 96.



ralen zwischenstaatlichen Verhandlungen, bei Demarchen gegenüber westlichen Regierungen, in der propagandistisch-agitatorischen Tätigkeit, bei Kontakten mit gesellschaftlichen Gruppen westlicher Länder und schließlich in geheimdienstlichen Operationen. Nur ein geringer Teil dieser Einwirkungsversuche ist öffentlich bekanntgeworden; die Aktivitäten dürften ein Vielfaches dessen betragen, was sich aufweisen läßt.

Zentrale Wichtigkeit wird dabei der Beeinflussung des Meinungsklimas in den westlichen Ländern beigemessen. Eine Befriedigung des sowjetischen Verlangens soll im allgemeinen Bewußtsein als das Korrelat der Ost-West-Entspannung gelten; von daher, so wird erwartet, werden auch widerstrebende Entscheidungsträger in den westlichen Ländern schließlich genötigt sein, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Kanäle eines freien Informationsflusses von Westen nach Osten wieder zuzuschütten.

Das östliche Vorgehen bietet das Bild einer konzertierten Aktion. Die verschiedenen Kampfformen sind eng aufeinander bezogen. Die publizistischen Kampagnen etwa sind jeweils auf eine Unterstützung der diplomatischen Schritte ausgerichtet. Umgekehrt lassen diese wiederum nicht selten auf die Absicht schließen, das breite Publikum im Westen zu beeinflussen. Die publizistischen und informellen Stellungnahmen gehen in Inhalt und Form erheblich weiter als die amtlichen diplomatischen Aussagen, die meist zurückhaltender und vorsichtiger formuliert sind und auf Adressaten wie Sachverhalt vielfach nur indirekt Bezug nehmen. Vor allem auf der KSZE wurde manches eher angedeutet als ausgesprochen.

Das östliche Vorgehen ist seit spätestens 1970 zwischen den Warschauer-Pakt-Staaten mit Ausnahme Rumäniens (das sich aus Eigenständigkeitsinteresse heraus abseits hält) abgestimmt. Dabei findet offensichtlich eine Arbeitsteilung statt, bei der den Organen der einzelnen Länder bestimmte Rollen und Initiativen zugewiesen werden<sup>58)</sup>. Kennzeichnend

<sup>58)</sup> Vgl. die u. a. den Fragen der Informationsbeziehungen zwischen Ost und West gewidmeten Ideologie-Konferenzen seit 1970, namentlich 1973/74. Dieser Bereich der Zusammenarbeit gehört zu der seit Dezember 1973 offiziell proklamierten „ideologischen Integration“ innerhalb der „sozialistischen Gemeinschaft“. Ein Beispiel für eine entsprechende Konzertierung bildet die unter der Parole des „olympischen Friedens“ in München seitens der DDR initiierte Kampagne gegen RL und RFE 1970—1972. Charakteristisch war der Staat, der die Führung übernahm, von der Tätigkeit der beiden Sender überhaupt nicht betroffen. Auch sonst haben sich Warschauer-Pakt-Staaten

ist weiterhin, daß verschiedentlich Forderungen angemeldet werden, die sich zunächst nicht gegen die bisherige Praxis richten, in ihren Konsequenzen jedoch längerfristig auf deren Beseitigung angelegt sind.

Dies gilt insbesondere für das sowjetische Verlangen nach einem Verbot von Satellitenübertragungen auslandsgerichteter Fernsehprogramme, soweit diese nicht jeweils von den Regierungen der Empfängerstaaten gebilligt worden seien. Würde eine derartige Konvention zustande kommen, dann wäre die These, daß die einzelstaatlichen Führungen eine uneingeschränkte informationspolitische Herrschaft innerhalb ihres Territoriums ausübten, als ein allgemeiner Völkerrechtsgrundsatz festgelegt. Unter diesen Umständen würde auch die bisherige Praxis der freien Ausstrahlung von Rundfunksendungen über die Grenzen hinweg zu einem unzulässigen Akt der Verletzung fremdstaatlicher Souveränitäten.

### Argumentation und Motivation dieser Politik

Die Argumente, die in der östlichen Kampagne Verwendung finden, haben rein instrumentale Funktionen. Die Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung werden bemüht, um in der breiten, juristisch nicht versierten Öffentlichkeit der verschiedenen Länder den Eindruck zu erwecken, als setzten sich die UdSSR und ihre Verbündeten mit voller völkerrechtlicher Legitimation gegen eine willkürliche Piraterie zur Wehr. Das Geltendmachen inhaltlicher Kriterien für die grenzüberschreitende Information wie „Frieden“, „Gutnachbarkeit“ oder „Moralität“ dient dem Zweck, das östliche Begehren als eine von allen Gutwilligen zu unterstützende Angelegenheit hinzustellen.

Die These, daß allen Ländern ohne „Diskriminierung“ ein „gleiches Recht“ im Informationsbereich gebühre, dient ebenfalls dem Appell an die Gefühle der Rechtlichkeit. Zugleich hat sie im Blick auf die Dritte Welt antiwestliche, insbesondere antiamerikanische Untertöne. Das Argument schließlich, daß die Menschen und Völker nicht der manipulativen Willkür meinungsmachender Machtkonzentra-

wiederholt zu Anwälten der Interessen ihrer Verbündeten gemacht, vgl. z. B. die UdSSR für die DDR im Blick auf den RIAS (hierzu B. Petrov/V. Pustogarov, Za fasadom RIAS, in: Ukrainskaja pravda 1. 2. 1971), oder die DDR für die UdSSR in Reaktion auf die Sendung des „ZDF-Magazin“ vom 7. 1. 1976 mit Filmen über ein sowjetisches KZ und über ein Sacharov-Interview (Dr. K., [G Kertzsch], Umweltverschmutzung durch das Fernsehen der BRD, in: ND, 9. 1. 1976).



tionen ausgesetzt werden dürften, sondern statt dessen den Interessen und Bedürfnissen der breiten Öffentlichkeit zu dienen hätten, richtet sich eindeutig gegen Massenmedien in den „kapitalistischen“ Staaten.

Die Darstellung verdreht dabei oft die wirklichen Sachverhalte. So heißt es beispielsweise, die westlichen Rundfunksstationen nötigten der Bevölkerung in Osteuropa Ideen auf, die diese gar nicht wünsche<sup>59)</sup>. In Wirklichkeit aber geht es gerade darum, der Bevölkerung Informationen zu versagen, die sie wünscht. Denn es braucht niemand Sendungen einzuschalten, die er nicht hören will. Den Sorgen der Parteiführungen im sowjetischen Machtbereich liegt freilich zugrunde, daß die Bevölkerung die Nachrichten aus dem Westen nicht ablehnt, sondern aufnimmt. Wenn inhaltliche Kriterien für die Information postuliert werden, dann heißt dies: Es können, weil sich die Kriterien beliebig auslegen lassen, beliebige Anforderungen an die Ausrichtung der Nachrichtenpolitik gestellt werden.

Aus sowjetischer Perspektive ist dabei klar, daß Theorie und Praxis in der UdSSR der gesetzten Norm entsprechen und daß daher die sowjetischen Aussagen stets nur positiv zu bewerten sind. Folglich ist alles der sowjetischen Generallinie Widersprechende als friedens- und moralwidrig zu verdammen.

Alle Bekundungen des „Antisowjetismus“ und „Antikommunismus“ haben, auch wenn sie nur in der Verbreitung unkommentierter Nachrichten bestehen, als unzulässig zu gelten, wohingegen die östliche Polemik gegen den Westen, weil sie notwendigerweise dem „Frieden“ und der „Wahrheit“ dient, für legitim zu erachten ist. Die westliche Seite soll also auf unerwünschte Kritik an den Konzepten und Handlungen des sowjetischen Lagers verzichten. Die östlichen Akteure dagegen sollen die Möglichkeit haben, das westliche Vorgehen beliebig zu attackieren und sogar das ideologische Feindbild von dem unveränderten „kapitalistischen“ Gegner (das seit 1969/70 an die Stelle der früher stärker national akzentuierten Feindbilder getreten ist) in das Bewußtsein der Menschen einzupflanzen<sup>60)</sup>.

<sup>59)</sup> S. W. Kusnezow, Internationale Entspannung. Aus sowjetischer Sicht, Wien 1975, S. 168; Ausführungen des sowjetischen Vertreters in der Unterkommission 9 der Hauptkommission III der KSZE am 11. 10. 1973 lt. RFE, QOR 12, Oct.—Dec. 1973, S. 85 f.

<sup>60)</sup> Vgl. Beitrag von Ju. Nikolaev zu einer Diskussion sowjetischer Außenpolitikexperten Anfang 1973, übers. ausz. wiedergeg. in: Osteuropa 7/1973, A 474 f.; Ausführungen des PVAP-ZK-Sekretärs J. Łukaszewicz auf der Warschauer Ideologie-Konferenz kommunistischer Parteien Mitte Januar 1974,

Die sowjetische Praxis läßt diese Asymmetrie deutlich hervortreten: „Radio Moskau“ und „Radio Frieden und Fortschritt“ beschränken sich keineswegs auf Information und Diskussion über verschiedene Themen aus sowjetischer Sicht, sondern polemisieren hemmungslos etwa gegen die Bundesrepublik und mischen sich ungeniert in alle möglichen innerwestdeutschen Angelegenheiten ein (wie beispielsweise während des Herbstes 1975 bei der Frage, welche Bedingungen in der Bundesrepublik für die Aufnahme in den Beamtendienst gelten sollten).

Die gegensätzliche Bewertung der „sozialistischen“ und der „kapitalistischen“ Informationstätigkeit zielt auf die Herstellung eines Zustandes ab, bei dem die Nachrichten und die Ideen in Ost-West-Richtung ungehindert fließen, während sie in Ost-West-Richtung nur unter strikter Kontrolle und Manipulation der östlichen Herrschaftsträger verkehren können<sup>61)</sup>. Die Anstrengungen um einen starken Ausbau des sowjetischen Auslandsfunks kontrastieren mit dem Verlangen, daß im Namen der Entspannung die Schließung der nach Osteuropa sendenden westlichen Stationen notwendig sei<sup>62)</sup>.

Auch das — scheinbar auf völlige Gegenseitigkeit abzielende — sowjetische Verlangen nach informationspolitischer „Nicht-Diskriminierung“, demzufolge jedes Land nur die von seiner Regierung zugelassenen auswärtigen Nachrichten empfangen soll, läuft praktisch auf eine starke Asymmetrie zu westlichen Ungunsten hinaus. Denn während die staatlichen Führungen der UdSSR und ihrer Verbündeten beispielsweise in Bonn laufend wegen ihnen mißliebiger Aussagen in westdeutschen Me-

übers. ausz. wiedergeg. in: Osteuropa 7/1974, A 455; Leitartikel in „Kommunist“, 14/1973, übers. ausz. wiedergegeben in: Osteuropa 7/1974, A 462 f.; W. Kusnezow, a. a. O., S. 174, 175; Ju. Zacharov, Meždunarodnoe sotrudničestvo i bor'ba idej, in: MŽ 12/1975, S. 94.

<sup>61)</sup> Vgl. Ausführungen von M. Michajlov über den Tagesordnungspunkt III der KSZE in MŽ, 4/1973, übers. ausz. wiedergeg. in: Osteuropa 7/1973, A 476; Grundsatzartikel von Š. Sanakoev in MŽ 11/1973, übers. ausz. wiedergeg. in: Osteuropa 3/1974, A 130; Rede von M. Suslov am 13. 7. 1973, in: Pravda 14. 7. 1973.

<sup>62)</sup> In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde unter maßgeblicher Mitwirkung des sowjetischen Auslandsdienstes „Novosti“ ein „Radio Frieden und Fortschritt“ mit westsprachlichen Programmen begründet. Anfang der siebziger Jahre weitete „Radio Moskau“ seine Fremdsprachsendungen erheblich aus (vgl. N. Kirkham, Russia Calling London, in: The Sunday Telegraph 25. 5. 1975). Der deutsche Dienst nahm neben den beiden bisherigen Sendern in Kaunas und Leipzig noch einen weiteren bei Voronež in Betrieb.



dien vorstellig werden, hat die Bundesregierung in den osteuropäischen Hauptstädten noch niemals gegen dortige publizistische Berichterstattungen protestiert. Der Grund hierfür war gewiß nicht eine größere Zurückhaltung in der Polemik auf östlicher Seite, sondern das Maß an Duldsamkeit, das eine Demokratie im Unterschied zu einem sowjetkommunistischen Regime aufbringt. Werden aber westliche Toleranz und östliche Intoleranz zu Maßstäben dessen gemacht, was der jeweils anderen Seite erlaubt ist, dann läßt sich unschwer die Etablierung einer perfekten Ost-West-Einbahnstraße für die Informationsverbreitung in Europa voraussehen<sup>63</sup>).

Schließlich ist die Problematik vor dem Hintergrund der Machtrelationen zu sehen. In allen einschlägigen sowjetischen Aussagen heißt es, daß der gegenwärtig erreichte Zustand der „friedlichen Koexistenz“ zwischen Ost und West der westlichen Seite durch den wachsenden politischen und militärischen Druck der UdSSR und ihrer Verbündeten „aufgezwungen“ worden sei. In einer weiteren „Verschiebung des Kräfteverhältnisses“ zu östlichen Gunsten wird eine Garantie dafür gesehen, daß sich der „Kapitalismus“ dieser Koexistenz nicht wieder entziehen kann und darüber hinaus zu weiteren Verbesserungen

<sup>63</sup>) Die sowjetische Führung agiert bereits heute unter der Zielvorstellung, daß eine maximale östliche Einflußnahme auf die politische Meinungsbildung in der Bundesrepublik mit einer völligen westdeutschen Abstinenz bezüglich aller politikrelevanten Angelegenheiten in der UdSSR einherzugehen habe. In massiver Weise wandten sich z. B. die sowjetischen Massenmedien gegen das Bemühen des Bundes und der Länder, Gegner der verfassungsmäßigen Grundordnung aus dem öffentlichen Dienst herauszuhalten (vgl. u. a. Michajlov, *Doprosy v „obščestve svobody“*, in: *Pravda* 30. 11. 1975; TASS-Bericht von Nikolajev, russ., 17. 11. 1975; B. Dubrovin, *Presledujut inakomyšlja-juščich*, in: *Pravda* 30. 1. 1975; V. Sacharov in: *Radio Moskau*, deutsch, 8. 12. 1975). Auch die DDR wirkte entsprechend auf die westdeutsche Bevölkerung ein (I. Matthias in: *Stimme der DDR* 15. 11. 1975; *Radio Berlin International*, 24. 11. 1975). Der westlichen Seite dagegen soll eine Mitwirkung am Kulturaustausch nur so weit gestattet sein, wie dieser strikt entpolitisiert ist (vgl. Grundsatzartikel von V. Matveev in *MŽ*, 11/1973, übers. ausz. wiedergeg. in: *Osteuropa* 3/1974, A 130). Zum Asymmetrie-Problem: G. Wettig, *Die Strategie der Annäherung und der Abgrenzung in der Westpolitik der UdSSR und der DDR (1966—1975)*, in: *Annäherung, Abgrenzung und friedlicher Wandel*, eingel. von G. Zellentin, Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 2, Boppard 1976, S. 183—235. Zur Frage der Entpolitisierung: G. Wettig, *Praktische Probleme bei der Begegnung, beim Dialog und beim Informationsaustausch zwischen Ost und West*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 38/75*, 20. 9. 1975, S. 24—27.

hinsichtlich der Bedingungen des „ideologischen Kampfes“ genötigt werden wird. Das läßt vermuten, daß die sowjetische Führung bei der Informationsverbreitung zwischen Ost und West nicht zuletzt mittels eines wachsenden machtpolitischen Übergewichts in wichtigen Bereichen immer größere Vorteile durchzusetzen sucht.

## Methoden und Orientierungen

Die Vorgehensweise, mit denen die östliche Seite ihren Wünschen Geltung zu verschaffen bemüht ist, reichen von der Mobilisierung politischer Interessen in den westlichen Ländern bis zur Ausübung deutlichen Drucks auf westliche Regierungen oder andere westliche Institutionen. Der Hinweis auf die Macht der „sozialistischen Staaten“, deren Belange nicht mißachtet werden dürften, kann dabei ebenso eingesetzt werden wie die Inaussichtstellung von Zusammenarbeit, deren Zustandekommen freilich eine Übereinkunft in dem gewünschten Sinne voraussetze.

Sehr wesentlich jedoch machen sich die östlichen Akteure bestimmte, in der westlichen Welt weit verbreitete psychologische Dispositionen zunutze. Die Ansicht, daß die Entspannung dem bisherigen Ost-West-Konflikt ein Ende bereite und einen Prozeß der wechselseitigen Verständigung, Annäherung und Versöhnung in allen Bereichen einleite, steht zwar in diametralem Gegensatz zu den sowjetkommunistischen Vorstellungen, läßt sich aber als eine an diesem Punkt nützliche Illusion des „Klassenfeindes“ ausbeuten. Die Gegensätze zwischen verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen in den westlichen Ländern — wie etwa die Spannungen zwischen der SPD-FDP-Koalition in Bonn und den überwiegend CDU/CSU-orientierten Leuten in der Osteuropa-Abteilung der „Deutschen Welle“ — lassen sich ebenfalls verwenden.

Dabei kommt es für die östliche Seite darauf an, daß die innerwestliche Auseinandersetzung um größere oder kleinere Einflußanteile umfunktioniert wird zu einem Kampf für die Schließung oder doch wenigstens für die Restriktion der nach Osten ausstrahlenden Medien. Eine Einengung der Sendetätigkeit auf möglichst harmlose — d. h. das politische motivierte Interesse des osteuropäischen Publikums nicht mehr ansprechende — Themenbereiche wie nationale Selbstdarstellung oder entpolitisierte Kulturdarbietung (unter Verzicht von Informationen über die innen- und außenpolitischen Angelegenheiten der „sozialistischen Gemeinschaft“) kann dabei in so-



wjetischer Sicht nur eine Übergangslösung sein, der früher oder später die Einstellung der unkontrollierten auswärtigen Informationstätigkeit zu folgen hat <sup>64</sup>).

Das sowjetkommunistische Konzept für die Regelung des internationalen Informationsaustausches über den Äther basiert auf dem Leitgedanken, daß die einzelstaatlichen Regierungen uneingeschränkt darüber zu befinden haben, was die Bevölkerung auf dem von ihnen beherrschten Territorium an Information empfangen darf. Dementsprechend sollen sie nicht nur die Kompetenz beanspruchen können, die Massenmedien des eigenen Landes nach ungebundenem Ermessen zu überwachen und zu lenken. Sie sollen darüber hinaus das Recht zugesprochen erhalten, auch darüber zu bestimmen, welche Informationen aus anderen Ländern auf die einheimische Bevölkerung ausgestrahlt werden dürfen. Wie der sowjetische Entwurf einer Konvention über eine weltweite Fernsehübertragung mittels Satelliten erstmals postuliert hat, sollen bei der Verteidigung dieses Rechts in bestimmten Grenzen auch Akte der Gewalt statthaft sein <sup>65</sup>).

In der Hauptsache freilich sollen zwischenstaatliche Einsprüche und entsprechende Pressionen das Informationsmonopol der Regierungen in den von ihnen beherrschten Ländern nach außen hin absichern. Daher ist in den östlichen Vorschlägen vorgesehen, daß die Regierungen der informationsaussendenden Staaten gegenüber den Regierungen der informationsempfangenden Staaten Rechenschaft darüber abzulegen haben, ob die ausgesandten Informationen dem wechselseitigen Einverneh-

---

<sup>64</sup>) Die unvermindert fortgesetzte Polemik gegen die „Stimme Amerikas“, die in der Spätphase Nixons auf Betreiben des Weißen Hauses ihre Programme weitgehend auf neutrale Themen und harmlose Schlagermusik umstellen mußte, läßt darauf schließen, daß nur die Liquidierung der westlichen Ostsender die sowjetische Seite zufriedenstellen kann. Die Entpolitisierung eines für Osteuropa bestimmten Sendeprogramms kann freilich dessen spätere Einstellung nach sich ziehen. Die Zahl der östlichen Hörer geht dann, weil die Sendungen für die Rezipienten weithin uninteressant geworden sind, u. U. drastisch zurück, was schließlich den Betrieb nicht mehr lohnend erscheinen läßt (wie es der ORTF nach der Umstellung auf ein kulturell ausgerichtetes Ostprogramm ergangen ist). Die „Stimme Amerikas“ scheint eine hinreichende Hörerzahl vor allem durch die bei der sowjetischen Jugend beliebten westlichen Schlagerparaden zu behalten.

<sup>65</sup>) Die Grenzen des Gewaltgebrauchs sind danach so gezogen, daß nur außerhalb des Territoriums anderer Staaten gelegene Installationen — namentlich die der Übertragung dienenden Satelliten im Weltraum — angegriffen werden dürfen.

men entsprechen und dem Geiste des „Friedens“, der „Gutnachbarlichkeit“ und der „Völkerbereicherung“ dienlich sind.

Eine Verwirklichung dieses Konzepts hätte nicht nur für das Ost-West-Verhältnis, sondern auch für die Innenstruktur der westlichen Länder weittragende Folgen. Denn um eine Verantwortung für die Ausrichtung von Massenmedien im eigenen Lande übernehmen zu können, müßte jede — also auch eine westliche — Regierung die Befugnis erhalten, auf eine Beseitigung eventuellen Fehlverhaltens dringen zu können. Das würde auf entscheidende Einschränkungen hinsichtlich des Grundrechts der freien Meinungsäußerung hinauslaufen. Gelegentliche östliche Bemerkungen, daß die These der Meinungsfreiheit keinen „Vorwand“ für die westlichen Regierungen bilden dürfe, sich der ihnen zufallenden Verantwortung zu entziehen, haben diese Konsequenz offen zutage treten lassen.

Die östliche Seite hat auch nicht verfehlt, deutlich zu machen, wie die westlichen Regierungen ihrer Ansicht nach die Voraussetzungen für die ihnen zgedachte Verantwortungsübernahme am besten schaffen könnten. In Moskau und in den osteuropäischen Hauptstädten sähe man es augenscheinlich als einen gewissen Fortschritt an, wenn die ostwärts wirkenden westlichen Massenmedien in unmittelbare Regierungsregie übergängen. Demgegenüber gäldejenigen Rechtskonstruktionen, die den betreffenden Rundfunk- und Fernsehanstalten einen völlig regierungsunabhängigen Status gewährleisten, ein extremes Maß an Feindseligkeit. Damit setzt sich die UdSSR in Widerspruch zu den Argumentationen ihrer „antikapitalistischen“ Westpropaganda, denen zufolge eine Konzentration von Meinungsmacht im Westen ein Übel darstellt <sup>66</sup>).

Die östliche Vorliebe für Regierungssender in den westlichen Ländern hat freilich einleuchtende praktisch-politische Gründe: Je offizieller der Charakter einer westlichen Station ist, mit desto größerer Erfolgsaussicht läßt sich der Versuch unternehmen, mittels diplomatischer Demarchen bei der betreffenden Regierung Programmkorrekturen im gewünschten Sinne durchzusetzen oder gar auf eine Beendigung des Sendebetriebs (als eines angeblichen Hindernisses für gute wechselseitige Beziehungen) zu dringen. Soweit jedoch, so heißt es auf sowjetischer Seite, in einem Land

---

<sup>66</sup>) In diesem Sinne auch V. Korobejnikov, a. a. O. (Anm. 57), S. 97. Vorsichtigerweise wird freilich angedeutet, daß das Argument für „unkontrollierte“ Informationstätigkeiten gelte. (Die östliche Information ist in jedem Fall amtlich kontrolliert.)



Senderechte an inoffizielle Körperschaften vergeben würden, müsse „der Staat deren Tätigkeit kontrollieren und dafür internationale Verantwortung tragen“<sup>67)</sup>.

### Besonders unerwünschte Informationsinhalte

Weitere Präferenzen der sowjetischen Führung und ihrer Verbündeten fallen ins Auge. Es ist keineswegs so, daß die am schärfsten anti-sowjetisch oder antikommunistisch akzentuierten Programme notwendigerweise auf die stärkste Ablehnung stoßen. Eher gilt, daß eine Versachlichung der Information, ein Bemühen um ausgewogene Wertungen und der Hinweis auf stellenweise Gemeinsamkeiten oder auf mittlere Verständigungsmöglichkeiten besonders heftige Abwehrreaktionen hervorrufen. Besondere Empfindlichkeiten zeigen sich auch, wenn über Probleme der interkommunistischen Beziehungen oder über Entwicklungen auf der maoistischen oder sonstwie sowjetunabhängigen Linken berichtet wird. Die Darstellung der pluralistischen Meinungsvielfalt in den westlichen Ländern gilt innerhalb des sowjetischen Machtbereichs ebenfalls als eine absolut unzulässige „ideologische Diversion“.

Extrem antisowjetisch oder antikommunistische Bekundungen dagegen fallen nur dann in diese Kategorie, wenn ihnen Tatsachen- und Anschauungsmaterial beigelegt ist, das die Wirklichkeit in der „sozialistischen Gemeinschaft“ überzeugend ihrer amtlichen Legitimationsbasis entkleidet. Augenscheinlich werden die Parteiführungen in den Warschauer-Pakt-Staaten durch scharfe, aber nur mit gedanklich-theoretischen Argumenten geführte Angriffe wenig beeindruckt: Derartige Attacken bestätigen ihnen und der Bevölkerung lediglich das von der offiziellen Propaganda entworfene Bild eines wütend geifernden, uneingeschränkt feindlichen Westens.

Verwirrend — und damit die anerzogenen ideologischen Abwehrreaktionen potentiell unwirksam machend — wird der Inhalt der westlichen Kommunikation vornehmlich, wenn die westliche Seite nicht die erwartete Rolle des ideologischen Erzfeindes spielt, sondern — ohne Einschwenken auf die sowjetische Generallinie — die Fähigkeit zur Sachlichkeit, zum Differenzieren, zum Verstehen und zur Auffassungspluralität bekundet. Wenn die westliche Seite sich so liberal und vielschichtig darbietet, wie sie ist, greifen die Schemata der amtlichen Einordnung nicht mehr; die ideolo-

gisch vorgeschriebenen Wertungen werden unsicher und machen Platz für individuelles Nachdenken mit unvorhersehbaren Resultaten. Das aber halten die Parteiführungen für ebenso gefährlich, als wenn die mit ihrer Herrschaft verbundenen, bislang sorgfältig verhüllten Unrechtstatbestände ans Licht gebracht werden.

### Das Ausmaß der angestrebten Informationskontrolle

Jede Informationsverbreitung, die dem Zugriff der Männer im Kreml und ihrer osteuropäischen Bundesgenossen entzogen ist, wird als potentiell gefährlich empfunden. Das gilt selbst dann, wenn sie nicht unmittelbar im Warschauer-Pakt-Bereich stattfindet. Denn aller Abschirmungsmaßnahmen an der Ost-West-Scheidelinie ungeachtet, gibt es im Zeitalter zunehmenden Kontaktes (selbst wenn dieser noch so sorgfältig eingedämmt und überwacht wird) verschiedene Möglichkeiten, daß im Westen bekanntgewordene aufsehenerregende Nachrichten sich auch innerhalb des sowjetischen Machtbereichs herumsprechen. Daher ist mit dem östlichen Verlangen, daß die westlichen Regierungen für eine den östlichen Wünschen entsprechende Restriktion der ostwärts gerichteten organisierten Informations-tätigkeit sorgen müßten, nur die erste Stufe der Offensive gegen das System freier Massenmedien in den westeuropäischen Ländern markiert.

In deutlichen Umrissen wird bereits die zweite Stufe dieser Offensive sichtbar, deren Stoß dahin geht, alle westeuropäischen Träger der Masseninformatiön ohne Rücksicht darauf, ob sie sich nun an das Ausland oder an das Inland wenden, den Kriterien des „Friedens“, der „Gutnachbarkeit“ und der „Völkerbereicherung“ in deren sowjetischer Interpretation zu unterwerfen. Eine derartige Forderung hat eindeutig interventionistischen Charakter. Als Modell für den angestrebten künftigen Zustand wird ausdrücklich das Beispiel Finnland herausgestellt<sup>68)</sup> — ein westlich-demokratisches Land, in dem die Massenmedien unter sowjetischem Druck nur einen eng begrenzten Bewegungsspielraum besitzen<sup>69)</sup>.

Diese Zielsetzung entspricht der traditionellen Neigung der sowjetischen Führer, in denjenigen Ländern, die in die Reichweite ihres Einflusses geraten, zuerst und zuvörderst auf eine Zügelung des öffentlichen Nachrichtenwesens

<sup>67)</sup> W. Emin, Rechtsfragen bei der Direktübertragung durch Satelliten, in: Sowjetunion heute 5/1973, 1. 2. 1973, S. 24.

<sup>68)</sup> V. Korobejnikov, a. a. O. (Anm. 57), S. 103.

<sup>69)</sup> Vgl. U. H. E. Wagner, Finnland und die UdSSR (II), in: Osteuropa 7/1975, S. 466—470.



in ihrem Sinne zu dringen<sup>70)</sup>. Der Umstand, daß die sowjetische Seite ihr Ziel in Westeuropa gegenwärtig so weit zu stecken sich anschickt, läßt Rückschlüsse auf den außerordentlich großen Umfang des Stärkegefühls zu, das sie während der letzten Jahre auf dem europäischen Schauplatz erworben hat.

Unter der Parole der Nichteinmischung sucht sich die sowjetische Seite mit ihren Verbündeten in die Sendepolitik von Äthermedien auf westdeutschem Boden einzumischen. Die Wohlverhaltensforderung richtet sich nicht auf begrenzte Punkte. Der Anspruch betrifft vielmehr ein breites Spektrum aller derjenigen Nachrichten und Kommentare, die in Moskau und in anderen osteuropäischen Hauptstädten generell unter politischen oder moralischen Gesichtspunkten als unerwünscht gelten. Das östliche Verlangen zielt langfristig darauf ab, die staatliche Gewalt auch im Westen zum Regulator des öffentlichen Informationswesens zu machen und damit das Recht der freien Meinungsäußerung im Prinzip aufzuheben. Das betrifft grundsätzlich alle Massenmedien in den westlichen Ländern, auch wenn verständlicherweise der nach Osten ausstrahlende Teil von ihnen zunächst am stärksten attackiert wird. Ein Unterschied zwischen den Auslands- und Inlandsmedien wird auf östlicher Seite nur insofern gemacht, als im Blick auf die Ostsender deren Eliminierung gefordert wird, während die Organe der innerstaatlichen Informationsverbreitung denkbarerweise nicht der Abschaffung, sondern nur einer Disziplinierung unterliegen können.

Die Etablierung einer staatlichen Aufsicht über die Massenmedien ist in östlicher Sicht eine unerläßliche Voraussetzung für das Zustandekommen einer Ost-West-Zusammenarbeit im Bereich des Informationswesens, wie sie auf der KSZE vorgesehen worden ist. Alle bisher wirksamen Elemente einer freien Konkurrenz der Nachrichten und der Ideen in den Warschauer-Pakt-Staaten, bei der die Bevölkerung unter den Angeboten auswählen konnte und daher die Rolle der gunstgewährenden Seite spielte, sollen künftig verschwinden. Statt dessen soll es eine Art zwischenstaatlichen Medienkartells geben, in dem nach Maßgabe östlicher Wünsche die Grenzen der zulässigen Informationsinhalte abgesteckt sind. Im Rah-

men eines derartigen Systems würde die Führung jedes Landes die Informationsprogramme für die eigene Bevölkerung festzulegen haben und sich dabei nach freiem Ermessen auf der Basis internationaler Vereinbarungen auch auswärtiger Teilprogramme bedienen können.

### **Informationskontrolle als Mittel der Konfliktdämpfung?**

Als Motivation für die geforderte internationale Eliminierung kontroverser Informationsinhalte wird angeführt, daß die Massenmedien dazu beitragen müßten, Konflikte zu überwinden und den Frieden zu fördern. Dem steht freilich entgegen, daß die sowjetische Führung und ihre Verbündeten von den Bevölkerungen ihrer Länder mit größtem Nachdruck die intensive Führung eines unerbittlichen „ideologischen Kampfes“ gegen den Westen verlangen. Untersucht man genauer, warum einströmende Informationen aus dem Westen in Moskau und in anderen osteuropäischen Hauptstädten als unerträgliche Herausforderungen gelten, dann zeigt sich deutlich, daß die Sorge der Parteifunktionäre nicht die Störung von Frieden und Einvernehmen zwischen Ost und West, sondern die Abschwächung der antiwestlichen Militanz der eigenen Bevölkerung betrifft.

Die westlichen Informationen vermitteln den Menschen in Osteuropa ein ungleich differenzierteres, konzilianteres und weniger abstoßendes Bild von dem „Klassengegner“, als dies den offiziellen östlichen Absichten entspricht. Daher befinden sich die Führungen der KPdSU und anderer Parteien seit langem — vor allem aber seit Beginn der letzten Entspannungsperiode, also seit 1969/70 — in einem ständigen politischen Abwehrkampf gegen die sich in der Bevölkerung ausbreitenden Tendenzen der „Deideologisierung“ und des „Versöhnertums“.

Mit der Informationspolitik, welche die sowjetische Führung und ihre Verbündeten im Ost-West-Verhältnis durchzusetzen suchen, werden zwei kaum miteinander zu vereinbarende Ziele verfolgt. Einerseits sollen die Konflikte und Probleme zwischen Ost und West so weit wie möglich verschleiert werden, damit die westliche Öffentlichkeit den Eindruck einer entspannungspolitischen Harmonie erhält, das alte Feindbild von dem Gegner im Osten aufgibt, die Furcht vor der wachsenden sowjetischen Militärmacht verliert und sich der „sozialistischen Gemeinschaft“ vertrauensvoll annähert. Andererseits aber soll der „prinzi-

<sup>70)</sup> Zum sowjetischen Vorgehen gegenüber der CSSR vor der Invasion vgl. L. Sil'nickaja, Vospominanija o Bratislave, Radio Svoboda, RS 168/74, S. 5; Brief des Politbüros des ZK der KPdSU an das Präsidium des ZK der KPČ, 17. 8. 1968, in: Süddeutsche Zeitung 21. 8. 1975 [auszugweise übersetzt nach der Erstveröffentlichung in: Le Quotidien de Paris, 20. 8. 1975].



pielle Standpunkt" der Kommunisten in all seiner antiwestlichen Militanz unverändert erhalten bleiben.

Dementsprechend werden die „ideologischen Gegensätze“ der Öffentlichkeit in den Warschauer-Pakt-Staaten mit zunehmender Intensität immer wieder von neuem eingeschärft, damit in ihr keinesfalls Regungen des Verständigungs- oder Annäherungswillens hochkommen. Mit anderen Worten: Die westliche Seite soll nur mit dem östlichen System konforme Informationen verwenden dürfen, während das sowjetische Lager die Auseinandersetzung mit dem Westen als oberste Pflicht anzusehen hat. Die westliche Öffentlichkeit soll das antisowjetische Feindbild abbauen; die Bevölkerung der Warschauer-Pakt-Staaten dagegen wird künstlich auf das — nunmehr in „ideologischen“ Begriffen definierte — antiwestliche Feindbild fixiert. Jede Kritik am östlichen System oder an östlichen Aktionen soll als unzulässige „ideologische Diversion“ gelten, aber antiwestliche Anklagen und proso-wjetische Agitation sollen als „ehrlicher ideologischer Kampf“ akzeptiert sein.

Es ist kein Zufall, daß in einer Phase der Ost-West-Entspannung die Frage der grenzüberschreitenden Information erhöhte Bedeutung gewonnen hat und zum Gegenstand einer intensivierten Infragestellung von östlicher Seite her geworden ist. Je weniger offensichtlich die Ost-West-Konflikte sind und je weniger Entscheidungen mit den Mitteln der politischen Pression und des bewaffneten Einsatzes gesucht werden, desto wichtiger wird, wer in welchem Umfang über die Einflußnahme auf das Bewußtsein großer Menschengruppen Vorgänge auszulösen und zu steuern vermag. Die Aufrechterhaltung des westlichen Systems der freien Meinungsäußerung und die Verteidigung wie die Ausweitung der bestehenden Möglichkeiten westlicher Informationsausstrahlung nach Osteuropa müssen dabei als zentrale Erfordernisse gelten.

Es geht dabei nicht nur darum, in Anbetracht zahlloser Möglichkeiten der östlichen Einflußnahme auf die westlichen Gesellschaften (von denen die sehr umfangreiche Tätigkeit der westgerichteten Rundfunkstationen nur einen kleinen Teil darstellt) ein minimales Gegengewicht zu wahren und die geistige Auseinandersetzung nicht nur auf westlichem Terri-

Die sowjetische Führung und ihre Verbündeten sehen sich freilich in einem Punkt genötigt, der proklamierten Entspannung ihren Tribut zu zollen. Die früheren national definierten antiwestlichen Feindbilder — wie beispielsweise der „westdeutsche Revanchismus“ oder der „amerikanische Imperialismus“ — sind in Wegfall gekommen; auf der rein zwischenstaatlichen Ebene gibt es also eine östliche Zurückhaltung im Austragen von Konflikten. Der sowjetischen Führung und ihren Verbündeten erscheint dieses Kampffeld entbehrlich, weil sie — anders als die westlichen Regierungen — an eine für alle verbindlich gemachte Ideologie appellieren kann, um auf „Wachsamkeit“ gegenüber der anderen Seite zu dringen und den Willen zur Niederringung der politischen Rivalen zu nähren. Der Hinweis darauf, daß Konflikte nur auf der ideologischen Ebene ausgetragen werden dürften, gewinnt daher den politischen Sinn, den Zustand der Entspannung nur für die östliche, nicht aber für die westliche Seite mit einem kämpferischen Akzent zu versehen. Das läuft auf eine einseitige östliche Einflußnahme auf die westlichen Gesellschaften hinaus.

## 5. Schlußfolgerungen

torium stattfinden zu lassen. Mindestens ebenso wichtig ist, daß, wenn eine allmähliche Verringerung des Ost-West-Gegensatzes das Ergebnis des Entspannungsprozesses bilden soll, das östliche Publikum aus westlicher Sicht Informationen über die Entwicklungsstadien, die Problemstellungen und die Zielperspektiven dieses Prozesses erhalten muß. Nur auf diese Art und Weise kann man hoffen, daß dem konfrontativ antiwestlich ausgerichteten Ideologierungs-bemühen der sowjetischen Führung und ihrer Verbündeten kein Erfolg beschieden ist.

Zugleich erscheint es im Interesse der Bevölkerungen in den Warschauer-Pakt-Staaten notwendig, daß deren Bevormundung durch das selektierende, zensierende und manipulierende offizielle Informationswesen ihrer Länder wenigstens an einer Stelle durchbrochen wird. Würden sich die westlichen Regierungen statt dessen darauf einlassen, mit den Parteiführungen im sowjetischen Machtbereich nach deren Konzept eine informationspolitische Zusammenarbeit anzubahnen, dann erhielte die Entspannungspolitik den Charakter einer Komplizenschaft der westlichen Staaten mit den sowjetkommunistischen Regimes, die sich



vor allem gegen die Bevölkerungen Osteuropas und gegen deren Befähigung zu eigener Urteilsbildung richten würde.

Es stellt sich die Frage, mit welcher Art von auszustrahlender Information die westliche Seite eine Verringerung des ideologischen Konfliktbewußtseins und einer Stärkung demokratischer Urteilsfähigkeit in der Öffentlichkeit der Warschauer-Pakt-Staaten am besten fördert. Die Antwort auf diese Frage hängt entscheidend davon ab, welche Bevölkerungsgruppen vorrangig angesprochen werden sollen. Die Information kann primär auf die Regimegegner abgestellt sein. In diesem Fall würde ihr oberster Zweck darin bestehen, opponierende Personen und Gruppen in ihren Überzeugungen zu bestärken und eine Kommunikation zwischen ihnen herzustellen. Ein derartiges Konzept bringt freilich die Gefahr mit sich, daß lediglich bestehende Westsympathien aufrechterhalten werden.

Eine Alternative könnte darin bestehen, daß ein möglichst breites Publikum als Adressat anvisiert wird. Es ginge dann darum, zumindest diejenigen, die sich bislang mit dem herrschenden Regime nicht voll identifiziert haben, mittels einer verständnisvollen Behandlung der Probleme ihres Landes zum Zuhören zu bringen und zum Nachdenken zu veranlassen. Eine sachliche Information und ein einführendes Problemverständnis wären in diesem Fall notwendige Voraussetzungen. Das würde einen Verzicht auf konfrontative Polemik, nicht aber auf zwar fein differenzierte, aber zugleich klar entwickelte Wertungen hinauslaufen. Ein Vorgehen im Sinne der zweiten Alternative würde, so scheint es, nicht nur potentiell breiter wirken, sondern auch dem — unter den gegenwärtigen Umständen leider nur gegen die sowjetische Führung und ihre Verbündeten durchzusetzenden — Entspannungsziel einer allmählichen Dekonfrontation im Ost-West-Verhältnis dienen.

Wichtig ist freilich noch ein weiterer Gesichtspunkt. Da es innerhalb des sowjetischen Machtbereichs keine irgendwie freie öffentliche Diskussion in Angelegenheiten gibt, die auch nur entfernt mit Politik zu tun haben, müssen die nach Osten ausstrahlenden westlichen Massenmedien substitutiv die Funktion eines Forums der freien Meinungsäußerung in ihren Adressatengesellschaften übernehmen.

Das heißt: Die Stimmen, die in den betreffenden Ländern unterdrückt werden, müssen den Mitbürgern mittels Sendungen aus dem Westen bekanntgemacht werden. Die Öffentlichkeit in Osteuropa hat dort, wo der Kommunikationsfluß in ihr gewaltsam unterbunden wird, ein Recht darauf, die zurückgehaltenen Aussagen auf andere Weise zu erhalten.

Dabei erscheint es freilich wichtig, daß die westlichen Informationsorgane sich sozusagen als ehrliche Makler ihrer osteuropäischen Kommunikatoren und ihrer osteuropäischen Rezipienten betrachten. Sie sollten daher die vertretenen Meinungen repräsentativ und ausgewogen berücksichtigen und dementsprechend darauf verzichten, einzelne Tendenzen auf Kosten von anderen zu Wort kommen zu lassen oder sich mit bestimmten Richtungen selbst zu identifizieren. Das Urteil darüber, was gut oder weniger gut, wichtig oder weniger wichtig ist, muß in das autonome Urteilsvermögen der osteuropäischen Adressaten gestellt sein, wie denn überhaupt die Wünsche und Bedürfnisse der angezielten Adressaten den Leitgesichtspunkt der ostwärts gerichteten journalistischen Arbeit darstellen sollten. Darin liegt ein unerläßlicher Auftrag, den die westliche Demokratie durch ihre ostwärts gerichteten Informationsorgane in den kommunistisch regierten Ländern zu erfüllen hat, wenn sie vor sich selbst und nach außen hin moralisch bestehen will.

Dieses Konzept bedeutet nicht, daß die kommunistischen Parteien, namentlich ihre Spitzen, mit dem Westen verfeindet werden. Wie sich gezeigt hat, sind nicht nur die unteren Ränge in den KPs daran interessiert, Kontrollinformationen zu den offiziellen Nachrichten zu erhalten. Selbst Spitzenfunktionäre haben es in der Vergangenheit nicht selten zu schätzen gewußt, wenn sie einen Überblick über die verschiedenen Tendenzen innerhalb des sowjetischen Lagers bekamen, namentlich auch über amtliche Auffassungsunterschiede, die ihnen von verbündeter Seite vorenthalten wurden. Ein freier Fluß der Informationen bildet, wo immer er sich realisieren läßt, eine optimale Selbstdarstellung der westlich-demokratischen Grundordnung. In ihm liegt zugleich die beste Hoffnung darauf, daß es zwischen Ost und West eines Tages zu mehr wechselseitigem Verständnis und zu einer grundlegenden Annäherung der Standpunkte kommt.



# Probleme und Ergebnisse der Sozialstrukturforschung in der DDR nach 1971

## Einleitung

Philosophisch-politische Überlegungen und empirische Untersuchungen zur Sozialstruktur bilden seit einigen Jahren in westlichen und östlichen Gesellschaften gleichermaßen Schwerpunkte der wissenschaftlichen Diskussion. Diese Bemühungen lassen sich unter drei Gesichtspunkten erklären:

a) Zum einen lassen sich Abnutzungserscheinungen traditioneller Deutungs- und Handlungsschemata aufzeigen<sup>1)</sup>; auf der Basis der bislang herausgebildeten gesellschaftlichen Strukturen und Sinnsysteme ist dem sehr rasch und spontan sich vollziehenden Wandel durch neue, verstärkt zukunftsorientierte Sinngebung zu begegnen. Die Vergewisserung über Ablauf und Ausmaß sozialstrukturellen Wandels dürfte neben der generellen Orientierungskrise eine Ursache auch in dem sich verstärkenden Legitimitätsproblem moderner Gesellschaften haben. Im Zuge der Erweiterung staatlicher Tätigkeit verschiebt sich die Grenze des politischen Systems gegenüber dem kulturellen, woraus z. B. Habermas auf eine überproportionale Steigerung des Legitimationsbedarfs schließt<sup>2)</sup>.

b) In der DDR muß sich die revolutionäre Minderheit nach drei Jahrzehnten der Machtbehauptung nach der weiteren Berechtigung der „Diktatur des Proletariats“ fragen lassen. Dies um so mehr, als eine Beteiligung an der Formulierung gesellschaftlicher Ziele durch die breite Masse der „Werkstätigen“ trotz Massenakklamation auf den Parteitag so wenig wie je in Sicht ist. Vielmehr ist die

„führende Rolle der Partei“ erklärtermaßen weiterhin im Zunehmen begriffen. Dies darf nicht schlicht nur behauptet, sondern muß auch möglichst gut und möglichst wissenschaftlich gegenüber der Öffentlichkeit begründet werden.

c) Eine weitere Bedingung des gestiegenen Interesses an sozialstrukturellen Veränderungen muß in der zunehmenden Notwendigkeit einer umfassenden Sozialplanung gesehen werden. Wenn Karl Mannheim schon 1935 feststellen konnte, daß ein allmählicher Übergang zum „planenden Zugriff“ erforderlich wird, „daß nicht mehr nur einzelne Ziele mit beschränkten Objekten gesetzt werden, sondern daß jetzt auch die Fernwirkungen dieser einzelnen Ziele auf größere Zielsetzungen durchdacht werden können“<sup>3)</sup>, dann gilt dies erst recht für die neuere Zeit<sup>4)</sup>.

Wert- und Orientierungsproblematik, Legitimitätsproblem und der technische Aspekt der Planung sind eng miteinander verflochten. Soziale Planung, gleichgültig ob an Konfliktvermeidung oder an positiver Veränderung orientiert, tangiert in jedem Fall die anderen beiden hier genannten Bereiche.

Vor diesem Hintergrund muß das in den letzten Jahren rasch gestiegene Interesse der politischen Führungen in der DDR und den anderen RGW-Ländern an der Sozialstrukturforschung gesehen werden. Der rasche technische Wandel in diesen Ländern hat vielfältigen sozialen Wandel, etwa im Bereich des Bildungsniveaus, zur Voraussetzung bzw. zur Folge. Damit wird zugleich auch die sozialistisch-kommunistische politische und gesellschaftliche Wertorientierung sowie die Legitimität des politi-

<sup>1)</sup> Vgl. Emil Küng, Die Wohlstandsprobleme sind einigermaßen gelöst — was nun?, in: Neue Zürcher Zeitung vom 11. November 1973, Nr. 524 (Fernaussgabe Nr. 308), S. 37; Tradition und Fortschritt — eine obsoleete Antithese? Sozialer Wandel als Orientierungsproblem (Bericht über die Antrittsrede von Hermann Lübke in Zürich), in: Neue Zürcher Zeitung vom 6. Juli 1973, Fernausgabe Nr. 181, S. 49. Rainer Döbert/Gertrud Nunner-Winkler, Konflikt- und Rückzugspotentiale in spätkapitalistischen Gesellschaften, in: ZfS 4/1973, S. 301 ff., S. 321.

<sup>2)</sup> Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973, S. 100 f.

<sup>3)</sup> Karl Mannheim, Die Umgestaltung des menschlichen Handelns und Denkens, in: Bernhard Schäfers (Hrsg.), Gesellschaftliche Planung. Materialien zur Planungsdiskussion in der BRD, Stuttgart 1973, S. 98 u. 99.

<sup>4)</sup> Vgl. Leonhard Neidhart, Möglichkeiten und Schranken der „politischen Planung“ in der Referendumdemokratie, in: Neue Zürcher Zeitung vom 31. März 1974, Nr. 151 (Fernaussgabe Nr. 89), S. 37 f.



schen Systems in den Wandel mit einbezogen. Die in der DDR im Bereich der Sozialstrukturforschung entfaltete Aktivität zeigt, daß diese Zusammenhänge erkannt und ernst genommen werden. An erster Stelle des zentralen Forschungsplans der DDR 1972—1975 steht dementsprechend der Forschungskomplex: „Das weitere Wachstum der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei; die Klassenstruktur der DDR und die Bündnispolitik der Arbeiterklasse“<sup>5)</sup>. Auch eine neuere Umschreibung der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ (WTR) bestätigt den hohen Stellenwert, der politischen und gesellschaftlichen Prämissen und Modellvorstellungen im Rahmen des technisch-sozialen Wandels eingeräumt wird<sup>6)</sup>.

Wenn heute von kompetenten Fachvertretern in der DDR darauf hingewiesen wird, daß die marxistisch-leninistische Soziologie sich nahezu seit ihren ersten Anfängen — in der DDR zu Beginn der sechziger Jahre — mit Sozialstrukturforschung beschäftigt hat<sup>7)</sup>, so ist doch nicht zu übersehen, daß die letzten Parteitage der kommunistischen Parteien 1971 die Auseinandersetzung der Gesellschaftswissenschaftler mit diesem Thema deutlich forciert haben.

Die in den einzelnen Ländern schon vor 1971 geführten Diskussionen litten, zumindest international gesehen, an der Uneinigkeit in grundlegenden theoretischen Fragen. Dazu

<sup>5)</sup> Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR bis 1975, in: *Einheit* 2/1974, S. 169 ff., S. 173.

<sup>6)</sup> Nach Werner Kalweit, Vizepräsident der AdW der DDR, ist „die wissenschaftlich-technische Revolution ... weder auf einzelne hervorragende wissenschaftliche Entdeckungen in der Physik, der Biologie oder den neuen kombinierten Wissenschaften zurückzuführen, noch ist sie allein durch technische Erfindungen wie Atomkraftwerke und elektronische Datenverarbeitungsmaschinen zu erklären. Bestimmend ist die neue Qualität der gesellschaftlichen Produktivkräfte insgesamt, ihr historisches Niveau, das unter dem Einfluß der Ergebnisse der modernen Wissenschaft entsteht“. Zitiert bei M. Gerhard Anders, *Neue Fragen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Über ein RGW-Symposium in Moskau*, in: *Forum* 5/1974, S. 12.

<sup>7)</sup> Vgl. Manfred Lötsch, *Über die Entwicklung der Klassenstruktur und der Struktur der Arbeiterklasse beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*, und: Hansgünter Meyer, *Theoretische Probleme und empirische Ergebnisse soziologischer Untersuchungen der Struktur der Arbeiterklasse*, beide in: *Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft*, Schriftenreihe „Soziologie“, Berlin (Ost) 1974, S. 26 u. 55. Dieser Band der Schriftenreihe enthält Referate und Diskussionsbeiträge des Kolloquiums zu Fragen der Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, das vom 29. 11.—1. 12. 1972 in Ost-Berlin stattfand. Der Band wird künftig zitiert als „Sozialstruktur“.

gehörte die eigenwillige SED-Gesellschaftskonzeption in den letzten Jahren der Ulbricht-Ära, nämlich das „entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus“ (ESS), das den Sozialismus als eine lang andauernde, „relativ selbständige sozialökonomische Formation“ begriff<sup>8)</sup>. Gerade die darin „zum Ausdruck kommende Bescheidenheit gegenüber der Sowjetunion“ und die Distanz zu sowjetischen Experimenten<sup>9)</sup> lief deren Integrationsabsichten insbesondere für den ideologischen und wissenschaftlichen Bereich zuwider. Mit der programmatischen Wendung des VIII. Parteitages der SED zur „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ (ESG) wurden von dieser Seite grundlegende Voraussetzungen für eine auf gleichen Prämissen beruhende ideologische und sozialwissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hergestellt und deren Führungsrolle sogar noch verstärkt<sup>10)</sup>.

Doch auch in der Sowjetunion vorgelegte Veröffentlichungen zur Sozialstrukturforschung wiesen erhebliche Differenzierungen in theoretischen Fragen auf<sup>11)</sup>. Nicht zuletzt diese Situation dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die bereits im Herbst 1970 auf dem VII. Weltkongreß für Soziologie angekündigte Untersuchung der Sozialstrukturen der sozialistischen Länder als eine Gemeinschaftsarbeit der marxistisch-leninistischen Soziologen bisher nicht realisiert wurde<sup>12)</sup>. Es bedurfte einer Reihe von Konferenzen, um die unterschiedlichen Standpunkte miteinander zu konfrontieren und eine Einigung über grundlegende politisch-ideologische und theoretische Prämissen und Kategorien sowie Problemlagen und den daraus abzuleitenden Fragestellungen herbeizuführen<sup>13)</sup>.

<sup>8)</sup> Vgl. dazu insbesondere Hans Lades, *Zur Funktion des „entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ in der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 6/71, S. 3 ff.

<sup>9)</sup> Hans Lades, *Zur Funktion ...*, a. a. O., S. 5.

<sup>10)</sup> Vgl. hierzu Emil Schmickl, *Soziologie und Sozialismustheorie in der DDR*, Köln 1973, S. 71 ff.

<sup>11)</sup> Vgl. dazu u. a. S. G. Tschaplygina/L. G. Tschernonnaja, *Die Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft* (Rezension zu drei sowjetischen Veröffentlichungen über die soziale Struktur der Intelligenz), in: *GWB* 1/1972, S. 91 ff.

<sup>12)</sup> Noch auf dem im Mai 1974 veranstalteten II. Soziologenkongreß der DDR wurde angeregt, „Vergleichsuntersuchungen in der DDR und der Volksrepublik Polen über die Entwicklung der Arbeiterklasse und die Sozialstruktur in Angriff zu nehmen“. Vgl. Brigitte Hering, *Beitrag zur Leitung und Planung sozialer Prozesse. Nachbetrachtungen zum II. Soziologenkongreß der DDR*, in: *ND* vom 21. 5. 1974, S. 4.

<sup>13)</sup> Zu den wichtigsten Konferenzen vgl. I. I. Krawtschenko/O. N. Trubizyn, *Probleme der Sozialstruktur der sowjetischen Gesellschaft* (Konferenzbericht), in: *GWB* 11/1972, S. 1202 ff.; Frank



## I. Zur „führenden Rolle der Arbeiterklasse auf dem Hintergrund der SED-Gesellschaftskonzeption

Innerhalb der Sozialstrukturforschung der DDR stand der Legitimitätsaspekt zumindest gegen Ende der sechziger Jahre offensichtlich im Vordergrund. Aufgabe der Wissenschaften konnte und kann dabei nicht etwa die Beschreibung der „führenden Rolle“ der Arbeiterklasse sein, sondern der *Nachweis* dieser führenden Rolle durch *theoretische Reflexion*. Auch für längerfristig anzustellende Überlegungen, wie beispielsweise mittels sozialpolitischer Maßnahmen die (angeblich) führende Rolle aufrechterhalten oder im Zuge des durch Wirtschaftswachstum und wissenschaftlich-technische Entwicklung stimulierten sozialen Wandels gar erst erreicht werden könne, ist das Postulat von der „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ unter den gegebenen politischen Verhältnissen der DDR unabdingbar.

Der Berücksichtigung des Legitimitätsaspekts in der sozialwissenschaftlichen Forschung der sozialistischen Länder mußte gegen Ende der sechziger Jahre nicht zuletzt in der DDR geradezu existentielle Bedeutung zukommen. Forderte doch der „Prager Frühling“ 1968 nicht nur eine militärische Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten heraus, sondern mehr noch — und längerfristig — eine ideologische Gegenoffensive gegen die Relativierung des Machtmonopols einer kommunistischen Partei. Deutlich wurde auf diese Motivation der forschungspolitischen Orientierung im Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom Oktober 1968 angespielt<sup>14)</sup>.

Der Legitimitätsaspekt kommt auch darin deutlich zum Ausdruck, daß die Gesellschaftswissenschaftler im Politbürobeschuß aufgefordert werden, die „wachsende Bedeutung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei weiter auszuarbeiten“<sup>15)</sup>. Hier ist ein Ergebnis der wissenschaftlichen Arbeit bereits festgeschrieben;

---

Rupprecht, IX. Beratung von Vertretern der Redaktion philosophischer und soziologischer Zeitschriften europäischer sozialistischer Länder (Konferenzbericht), in: DZfPh 6/1972, S. 718 ff.; Karl-Heinz Ladegast/Günter Weber, Bericht vom Kolloquium zu soziologischen Problemen der Sozialstruktur in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik 1/1973, S. 14 ff.

<sup>14)</sup> Vgl. Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR (Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22. 10. 1968), in: Einheit 12/1968, S. 1455 ff.

<sup>15)</sup> Ebenda, S. 1459 (Hervorhebung v. Verf.).

allein der Begründungszusammenhang und die Präzisierung des Postulats obliegen noch der ‚wissenschaftlichen‘ Reflexion.

Mit der Frage nach der Bündnispolitik der SED<sup>16)</sup> wird der Legitimitätsaspekt um das Problem der politisch-praktischen Absicherung der führenden Rolle der Partei erweitert. Die Fragestellung der Soziologie bzw. der Sozialwissenschaften wird damit ausgeweitet auf die Strukturierung der nicht zur Arbeiterklasse (in dem erst noch aufzuweisenden Sinn) gehörenden Bevölkerung und ihrer ökonomischen und sozialen Lage, ihre Interessengerichtetheit und mögliche Verklammerung mit der Arbeiterklasse und im weitesten Sinne ihre Politisierung durch die SED.

Die Begründung der „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ auf der Basis des zentralen Stellenwertes der Kategorie „Arbeit“ und „Eigentum“ im marxistischen Begriffssystem wurde und wird von den kommunistischen Parteien ergänzt durch die Vereinnahmung der Wissenschaft selbst, ausgedrückt etwa durch den Anspruch auf „wissenschaftliche Weltanschauung“ oder „wissenschaftliche Führungstätigkeit“. Die Politik der SED soll insofern als die Politik des wissenschaftlichen Fortschritts erscheinen<sup>17)</sup>.

Die Behauptung von der „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ ist überhöht durch die führende Rolle der Partei. Die aus der sozialökonomischen Lage der Arbeiterklasse abgeleitete „wissenschaftliche Weltanschauung“ wird erweitert um die Behauptung der Wissenschaftlichkeit der (partei)politischen Willens- und Entscheidungsfindung, wodurch überhaupt erst die die Klasse angeblich auszeichnenden Kriterien praktisch wirksam werden können. Eine tatsächlich führende Rolle kann die Arbeiterklasse also erst durch eine entsprechende Politik der Partei erlangen — und durch eine mit der praktischen Politik abgestimmte soziologische Interpretation dessen, was „Arbeiterklasse“ sein soll. Die Partei, die ihre Legitimation aus der Klasse ableitet, ist gezwungen, ihre eigene — politisch-institutionell abgesicherte — führende Rolle auch dauernd der Klasse zuzuschreiben.

Eine zeitlang allerdings lief die Partei Gefahr, sich selbst untreu zu werden. Für das „ent-

---

<sup>16)</sup> Ebenda.

<sup>17)</sup> Kurt Hager, Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus (Referat auf der 10. Tagung des ZK der SED), in: ND vom 30. 4. 1969, S. 3 ff.



wickelte gesellschaftliche System des Sozialismus", dessen Ausbau die SED nach ihrem VII. Parteitag 1967 proklamiert hatte, galt als Zielfunktion noch die „sozialistische Menschengemeinschaft“. Dies mußte die Gefahr beinhalten, den Führungsanspruch der Arbeiterklasse — wenn er auch mit Hinweis auf die Eigentümerfunktion, die Rekrutierung der Partei aus der Klasse und dergleichen mehr verbal reklamiert wurde — auf die Dauer in den Gesamtwillen *aller* Gesellschaftsmitglieder umzudeuten.

Diese Gefahr und andere Mängel der Gesellschaftskonzeption suchte die SED auf ihrem VIII. Parteitag vom Juni 1971 zu beseitigen. Die relativ statische Interpretation der Gesellschaftsentwicklung (Langfristigkeit und relative Selbständigkeit des Sozialismus) wurde durch das Entwicklungsziel „kommunistische Gesellschaft“ dynamisiert, noch bestehende Konflikte und Widersprüche wurden benannt und anerkannt. Insbesondere aber wurde der politische Führungsanspruch der Partei — in Absage an ein Selbstregelungsmodell der Gesellschaft, unter Kritik des vorangegangenen „wissenschaftlichen“ Sprachgebrauchs und unter demonstrativer Durchführung einer Art Arbeiterpolitik (Privilegierung bei Hochschulbildung, Wohnungszuweisung u. ä.) — wieder stark betont. Die Partei suchte ihre Legitimitätsbasis wieder in der Führungsrolle einer deutlich konturierten „Bündnispolitik“ gegenüber den übrigen Bevölkerungsgruppen.

## II. Verhältnis von Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz

Nicht allein die sozialen Differenzierungen nach den Kategorien Stadt/Land, körperliche/geistige Arbeit oder nach der Berufsstruktur, nach Ausbildungsniveau, Einkommen oder Interessen sollen das Spezifische der sich im Übergang befindlichen Gesellschaft bewirken,

<sup>18)</sup> „Diese Differenziertheit (von Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz) verlangt eine differenzierte Politik besonders auch auf ideologischem und sozialpolitischem Gebiet, wodurch für die entwickelte sozialistische Gesellschaft notwendige Differenzierungen erhalten und überholte Differenzierungen abgebaut und schließlich überwunden werden müssen ... Schließlich ist es notwendig, vereinfachende (und letztlich sektiererische) Tendenzen zu überwinden, die sich daraus ergeben, bei konkreten Fragen (von der Zulassungspolitik über die Vergabe von Wohnraum bis hin zur bevorzugten Belieferung mit Konsumgütern) einzig und allein, wie das in der Praxis verschiedentlich in schematischer Weise geschieht, von der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zur Arbeiterklasse auszugehen.“ Rudi Weidig/Manfred Lötsch, Probleme der

Die von ihr nun angestrebte differenziertere Politik gegenüber deutlich in bezug auf Einstellungen, Lebensweise, Bildungsniveau und Interessen sich unterscheidenden Bevölkerungsgruppen ist aber nur möglich, wenn die differenzierte Realität erkannt, in ihren Entwicklungsmöglichkeiten anerkannt und von den gewünschten Verhältnissen klar abgegrenzt wird <sup>18)</sup>.

Erst diese deutliche Abgrenzung ermöglicht es, sinnvoll auch solche Momente der Gesellschaftsentwicklung zu planen und durchzusetzen, die unter ideologischen Gesichtspunkten als politisch wünschbar ausgewiesen sind. Eine mit der Sowjetunion und den übrigen europäischen sozialistischen Ländern auf den Kommunismus zusteuernde DDR — Aufbau des Kommunismus in der sozialistischen Staatengemeinschaft nach dem Aufbau des Sozialismus in einem Land — mußte notwendigerweise auch die kommunistischen Zielvorstellungen in ihre gesellschaftstheoretische Konzeption mit hineinnehmen. Im Innern wurde so eine Art Doppelstrategie: das eine — Vollendung des Sozialismus — tun und das andere — Aufbau des Kommunismus — nicht lassen, als der entscheidende Unterschied zur Konzeption des ESS eingeleitet. Im Verhältnis zu den anderen europäischen sozialistischen Ländern hat damit die DDR den Weg freigemacht zu einer engen wirtschaftlichen, praktisch-politischen, ideologischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

sondern das Weiterbestehen von Klassen und deren von der vorangegangenen wie der nachfolgenden Gesellschaftsordnung fundamental sich unterscheidenden Beziehungen zueinander. Allerdings wird der Sozialismus — wenigstens intern — wegen des behaupteten Feh-

Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Thesen, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik 1/1973, S. 10. Der letzte Hinweis deutet an, daß mit Einleitung einer gewissen „Arbeiterpolitik“ verschiedentlich das Pendel nun gerade wieder nach der anderen Seite ausgeschlagen hat, nachdem der VIII. Parteitag „entschieden alle Tendenzen und Erscheinungen des Subjektivismus und des Wunschenkens wie auch der Unterschätzung der Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Interessen“ verurteilt hatte. Vgl. Autorenkollektiv, Die wachsende Rolle der Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern, Berlin (Ost) 1974, S. 89.



lens antagonistischer Klassen schon nicht mehr als Klassengesellschaft definiert, aber „auch noch nicht als klassenlose Gesellschaft ... (bezeichnet), weil es noch Klassenunterschiede gibt“<sup>19)</sup>. Zu fragen ist, welche Klassenunterschiede von den Politikern, Gesellschaftstheoretikern und Soziologen in der DDR gesehen und wie sie begründet werden<sup>20)</sup>.

## 1. Arbeiter und Genossenschaftsbauern — Klassenbegriff

Entscheidendes Kriterium sowohl für die Konstituierung von Klassen wie auch für die Bestimmung der Zugehörigkeit von Individuen zu Klassen ist der *Eigentumsbegriff*. Die zentrale Bedeutung des Eigentumsbegriffs wird damit erklärt, daß bei Marx „Eigentum als soziales Grundverhältnis ... in seiner jeweiligen Qualität ... ursprünglich Verhalten des arbeitenden (produzierenden) Subjekts (oder sich reproduzierenden) zu den Bedingungen seiner Produktion oder Reproduktion als den seinen“ meint<sup>21)</sup>. Das gesamtgesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln charakterisiert dann nach dieser Auffassung den Entwicklungsprozeß der sozialistischen Gesellschaft insgesamt: die Aneignung der materiellen Produktionsbedingungen und das Verhältnis der Klassen und Schichten zueinander.

Ein „unmittelbares Verhältnis zum gesamtgesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln“ wird für die Arbeiterklasse postuliert. Aus dieser behaupteten Unmittelbarkeit wird gefolgert, daß die Arbeiterklasse „keinerlei begrenzte Sonderinteressen, sondern das In-

teresse der gesamten Gesellschaft vertritt“ und daß deshalb nur sie den Prozeß der Aneignung leiten kann<sup>22)</sup>.

Es kann nun nicht übersehen werden, daß dieses behauptete „unmittelbare Verhältnis“ erst noch einer näheren Bestimmung und Präzisierung bedarf. Gerade in einer arbeitsteiligen industrialisierten Produktion vollziehen sich vielfältige Differenzierungs- und Spezialisierungsprozesse, die in immer höherem Maße Funktionsteilungen nach sich ziehen und damit auch je spezifische Verhältnisse zum gesamtgesellschaftlichen Eigentum begründen. Die funktionale Untergliederung von Gruppen in der Industrie bedingt zumindest die interne Strukturierung der Arbeiterklasse, auf die weiter unten noch ausführlich einzugehen sein wird. Sie verweist gleichzeitig aber auch auf die Kategorie „körperliche und geistige Arbeit“ und auf den zentralen Stellenwert von Wissenschaft und wissenschaftlicher Tätigkeit im betriebs- und volkswirtschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß — und damit auf die eben nicht zur Arbeiterklasse zählende Intelligenz.

Das „unmittelbare Verhältnis“ der Arbeiterklasse zum gesamtgesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln kann weniger ein klassenkonstituierendes Moment darstellen als vielmehr eine Sozialnorm, die insbesondere durch politische Institutionen und komplexe soziale Mechanismen erst realisiert werden muß.

Andererseits ist einzuräumen, daß die wie immer geartete Verbindung zum gesamtgesellschaftlichen Eigentum eine sinnvolle Unterscheidung zur sozialökonomischen Lage der *Bauern* aufgrund deren Verbindung mit genossenschaftlichem Eigentum begründet. Allerdings ist dieses Konzept durch wichtige weitere Determinationsfaktoren zu ergänzen, die die gegenwärtige sozialökonomische Lage entscheidend beeinflussen, etwa die Siedlungsstruktur oder die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Demgegenüber stellt der Eigentumsbegriff einen politischen Hebel dar, insoweit er zum unumgänglichen Ansatzpunkt einer politischen Strategie wird, die eine sozialökonomische Veränderung auf dem Lande in Richtung zentralgeleiteter industriemäßiger Produktion und industrieller Lebensweise anstrebt.

Im Sinn des Übergangs zu landwirtschaftlicher Großproduktion lag die 1960 in der DDR praktisch abgeschlossene Gründung der LPG verschiedenen Typs. Mit der Gründung der

<sup>19)</sup> Zitat G. J. Glesermann bei Manfred Lötsch, Über die Entwicklung der Klassenstruktur ... a. a. O., S. 33.

<sup>20)</sup> Uns interessieren dabei insbesondere die neueren, nach dem VIII. Parteitag der SED vom Juni 1971 vorgetragenen Äußerungen, da diese bereits im Zusammenhang mit der heute gültigen Gesellschaftskonzeption zu sehen sind. Eine detaillierte Darstellung und Analyse der bis Anfang 1970 in der DDR vorfindlichen Klassenkonzeption und divergierenden Interpretationen gibt Horst Röder, Abschied vom Klassenbegriff?, Opladen 1972. Wenn im übrigen entsprechend dem marxistischen Sprachgebrauch von der „Schicht der Intelligenz“ die Rede ist, dann ist damit nicht — wie dies nichtmarxistischen Stratifikationsmodellen entsprechen würde — eine nach bestimmten Kriterien als sozial homogen zu konstatierende Menge von Menschen gemeint. Vielmehr sind damit zunächst unterschiedliche Gruppen mit relativ hoher Ausbildung bezeichnet, die weder zusammen eine Klasse bilden noch insgesamt einer solchen zugeordnet werden können.

<sup>21)</sup> Horst Taubert, Zur Bedeutung des Marx'schen Eigentumsbegriffs für die Erforschung der Entwicklungsprobleme der Arbeiterklasse und ihrer Struktur in der sozialistischen Gesellschaft, in: „Sozialstruktur“, a. a. O., S. 172.

<sup>22)</sup> Ebenda, S. 173.



Produktionsgenossenschaften hatten nach dem SED-Selbstverständnis „die sozialistischen Produktionsverhältnisse auch auf dem Land gesiegt“. Inzwischen ist bereits die Weiterentwicklung ins Auge gefaßt: „Mit dem Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden, zu kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion u. a. verändert sich die Zusammensetzung und soziale Lage der Genossenschaftsbauern weiter, wächst ihre soziale Einheit, und das sozialistische Bewußtsein bestimmt immer mehr deren Denken und Handeln.“<sup>23)</sup> Nach den zunehmenden Zusammenschlüssen von Genossenschaften zu Kooperationen und Kooperationsverbänden ist geplant, die Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft durch Konzentration, Spezialisierung und Arbeitsteilung weiter voranzutreiben. Auch Bildungsfragen und soziale Konsequenzen der Umstrukturierung sollen dabei berücksichtigt werden<sup>24)</sup>. Politisch sollen die aus den unterschiedlichen sozialökonomischen Lagen der Arbeiter und Bauern sich ergebenden Interessenunterschiede — ebenso im Falle der Intelligenz — durch die „Bündnispolitik“ der Arbeiterklasse aufgehoben werden. Real ist an die Aufhebung dieser Unterschiede in einem höheren Stadium des Kommunismus gedacht, wo eben die soziale Homogenität erreicht sein soll, wenn auch die Auffassung, es werde dann überhaupt keine Arbeitsteilung mehr geben, als utopisch<sup>25)</sup> zurückgewiesen wird.

Da — als Folge des am Eigentumsbegriff orientierten Klassenkonzepts — die Genossenschaftsbauern eine Grundklasse darstellen, zählt „die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern ... zu den Hauptaufgaben der Bündnispolitik in der Gegenwart“<sup>26)</sup>. Die Klassen und Schichten seien nun zwar durch die Gemeinsamkeiten des sozialistischen Eigentums, des „Arbeiter- und Bauern-Staates“ und der gesellschaftlichen Grundinteressen verbunden, doch müsse die „Dialektik von Einheitlichkeit und Differenziertheit in der Klassenentwicklung“ beachtet werden, denn „die noch bestehenden sozialen Unterschiede verringern sich nicht

im Selbstlauf“<sup>27)</sup>. Das Genossenschaftseigentum gilt bereits als sozialistisch und wird damit als Grundlage für die sozialökonomische Verbindung und Einigung der Arbeiter und Bauern betrachtet.

Mit der Veränderung des Genossenschaftseigentums zum kommunistischen Eigentum<sup>28)</sup> ist sozusagen nur der Grundprozeß in der „Annäherung“ der Bauernschaft an die Arbeiterklasse gekennzeichnet. Begleitet werden soll dieser Prozeß von „Folgeerscheinungen“ (wie man konsequenter sagen müßte), die jedoch geplant, analysiert, initiiert und geleitet werden müssen. Dies gilt für Bevölkerungsbelegungen, Siedlungszentren und -formen, die Entwicklung der Organisationsformen landwirtschaftlicher Produktion oder den Abbau von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Unterschieden zwischen Stadt und Land<sup>29)</sup> ebenso wie für Veränderungen im Charakter und Inhalt der Arbeit, die sich bereits heute, wie behauptet wird, in der Entwicklung eines neuen Typs des spezialisierten und zugleich disponiblen Genossenschaftsbauern ausdrücken<sup>30)</sup>.

Je nach dem Charakter der Arbeit, die ein einzelner verrichtet, wird er sich auch durch ein bestimmtes Bildungsniveau, durch kulturelle Interessen und Bedürfnisse auszeichnen, die die Sozialstruktur im einzelnen kenn-

<sup>27)</sup> Kurt Krambach/Manfred Lötsch/Rudi Weidig, Die Entwicklung der Klassenstruktur in der DDR ..., a. a. O., S. 1147 ff.

<sup>28)</sup> Bereits 1969 war die Rede von der Herausbildung neuer Formen sozialistischen Eigentums „durch unmittelbare Verzahnung zwischen genossenschaftlichem und Volkseigentum“. Vgl. Kurt Krambach, Probleme der Bewußtseinsentwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern und die Aufgaben der Agrarsoziologie, in: Probleme und Ergebnisse agrarsoziologischer Forschung zur Bewußtseinsbildung der Genossenschaftsbauern bei der Gestaltung der sozialistischen Betriebswirtschaft und Kooperation, Schriftenreihe „Soziologie“, Berlin (Ost) 1969, S. 29.

<sup>29)</sup> Ebenda, S. 31 u. S. 14.

<sup>30)</sup> Vgl. Kurt Krambach, Die weitere Annäherung der Klasse der Genossenschaftsbauern an die Arbeiterklasse — ein Grundprozeß der Veränderung der Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, in: „Sozialstruktur“, a. a. O., S. 138. So soll die Schichtarbeit auf dem Land als Form typischer industriemäßiger Arbeitsorganisation dazu beitragen, das Problem zusammenhängender Arbeitszeit und regelmäßiger Freizeit zu lösen. Vgl. Kurt Krambach/Jörg Müller/Hans Schmidt, Über einige Aspekte des Zusammenhangs zwischen der Annäherung der Klasse der Genossenschaftsbauern bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR. Materialien vom II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, 15.—17. Mai 1974. Schriftenreihe „Soziologie“, Berlin (Ost) 1975, S. 227.

<sup>23)</sup> Kurt Krambach/Manfred Lötsch/Rudi Weidig, Die Entwicklung der Klassenstruktur in der DDR und der Prozeß der Annäherung der Klassen und Schichten, in: Einheit 9—10/1974, S. 1145 ff., S. 1147.

<sup>24)</sup> Vgl. Rudi Schuster, Bündnis der Arbeiter und Bauern in der DDR, in: Marxistische Blätter 5/1974, S. 28 ff., S. 34 f.

<sup>25)</sup> Siegfried Grundmann, Einige aktuelle Probleme der marxistischen Klassentheorie, in: „Sozialstruktur“, a. a. O., S. 146.

<sup>26)</sup> Arbeiterklasse — Partei — Bündnispolitik. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Kurt Schneider (Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus), Berlin (Ost) 1973, S. 91.



zeichnen. Für eine erste analytische Aufschlüsselung dieses Zusammenhangs versucht man vom marxistischen Standpunkt aus das Begriffspaar „körperliche/geistige Arbeit“ fruchtbar zu machen.

## 2. Arbeiterschaft/Intelligenz — Abgrenzung der „Schicht“ der Intelligenz

Gerade das Kriterium „Charakter der Arbeit“ könnte nun, da mehrere Variable darin eingehen, die Grundlage für ein Stratifikationsmodell der gesamten sozialistischen Gesellschaft oder wenigstens der in der zentralgeleiteten „volkseigenen“ Wirtschaft Beschäftigten bilden. Stratifikationsmodelle, die vor einigen Jahren insbesondere in ungarischen, aber auch in tschechischen Publikationen vertreten wurden, sahen sich in der DDR bereits sehr frühzeitig einer scharfen Ablehnung ausgesetzt<sup>31)</sup>.

Es entspricht marxistischem Denken, wenn im je unterschiedlichen Arbeitsvollzug die entscheidende Determinante für die differenzierenden Einstellungen, Verhaltensweisen, Interessen usw. gesehen wird<sup>32)</sup>. Am Beispiel der Intelligenz wird allerdings das aus der Anwendung sozialökonomischer Kriterien herrührende Dilemma des überkommenen Klassenstrukturkonzepts besonders anschaulich. Auf eine entsprechende Frage eines früheren Möbeltischlers und heutigen Betriebsingenieurs nach seiner Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse mochte Politbüromitglied Kurt Hager beispielsweise nicht mit „ja“ oder „nein“ antworten, sondern erläuterte: „Der VIII. Parteitag hat klar und eindeutig hervorgehoben, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen, also auch mit der Intelligenz, die sozialistische Gesellschaft aufbaut. Ich finde also, daß Sie stolz sein können, als ehemaliger Arbeiter heute zur sozialistischen Intelligenz zu gehören und unserem Staat der Arbeiter und Bauern durch Ihre Kenntnisse zu dienen. Sie sind persönlich ein

Beispiel für die schöpferischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse.“<sup>33)</sup>

Hager stellte nun also — im Gegensatz zu früheren Gepflogenheiten — auf die Existenz einer neuen, sozialistischen Intelligenz ab, die insbesondere durch das Kriterium der sozialen Herkunft charakterisiert sei. Ihre Unterscheidung von Arbeiterklasse und Bauernschaft wird mit dem Charakter der Arbeit, der Rolle in der gesellschaftlichen Produktion, der vorwiegend geistigen Tätigkeit und dem höheren Bildungsniveau begründet<sup>34)</sup>. Ihr Aufgehen in der Arbeiterklasse gilt allerdings als ein historischer Prozeß von wesentlich längerer Dauer, als früher angenommen wurde. Die Revision der vorschnellen Vereinnahmung von Wissenschaft und Intelligenz in die Arbeiterklasse führte also zur Möglichkeit einer differenzierenden Betrachtung der sozialstrukturellen Gliederung<sup>35)</sup>. Die Art der Tätigkeit, der Charakter der Arbeit hat so gegenüber sozialökonomischen Bestimmungen der Sozialstruktur eine deutliche Aufwertung erfahren.

Nicht endgültig geklärt ist — wie schon die umständlichen Ausführungen Hagers zeigten —, ob wenigstens ein Teil der Intelligenz der Arbeiterklasse zugerechnet werden kann. So wird von sowjetischen Philosophen und Soziologen die Auffassung vertreten, daß soziale Grenzen fließend sind und daß in den Grenzbereichen neue soziale Gruppen entstehen<sup>36)</sup>, oder es wird gar von einer „Schicht der Arbeiterintelligenz“ gesprochen, die mit der Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zunehme<sup>37)</sup>.

Diese divergierenden und zum Teil unklaren Äußerungen über die Zugehörigkeit der Intelligenz zur Arbeiterklasse haben ihre Ursache in der unterschiedlichen Gewichtung und Zuordnung differenzierender Kriterien bzw. in der unterschiedlichen Ausdeutung, Ergänzung und Anwendung der für eine heute vorzunehmende Analyse unzureichenden Leninschen Klassendefinition.

<sup>31)</sup> Vgl. Hansgünter Meyer, Zu einigen Lehren Lenins für die soziologische Analyse der Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, in: Philosophen-Kongreß der DDR 1970, Teil III, Berlin (Ost) 1970, S. 195.

<sup>32)</sup> Zu den Anforderungen an die Gesellschaftswissenschaftler in der DDR und der Sowjetunion, entsprechend analytisch tätig zu werden, vgl. Kurt Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED. Referat auf der Tagung der Gesellschaftswissenschaftler am 14. Oktober 1971 in Berlin, Berlin (Ost) 1971, S. 23, und P. W. Kopnin/ J. T. Frolow, Die Politik der KPdSU und die gegenwärtigen Probleme der Philosophie, in: *GWB* 10/1971, S. 1009 ff., S. 1017.

<sup>33)</sup> Kurt Hager, Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution, Berlin (Ost) 1972, S. 13.

<sup>34)</sup> Ebenda, S. 12 u. S. 13.

<sup>35)</sup> Auch Dieter Voigt konstatiert gegenüber der Vergangenheit den „Beginn differenzierter Einschätzung und Untersuchung des Phänomens der sozialen Ungleichheit“. Dieter Voigt, Sozialstrukturforschung in der DDR, in: *Deutschland Archiv* 5/1975, S. 476 ff., S. 494.

<sup>36)</sup> I. I. Krawtschenko/O. N. Trubizyn, Probleme der Sozialstruktur der sowjetischen Gesellschaft, a. a. O., S. 1206.

<sup>37)</sup> So bei M. Rutkevic (Soziologie und Leitung der Gesellschaft), vgl. ASR DDR, Informationszentrum Staat und Recht, Referateblatt Reihe A, s (1973) 12, Bl. 603—2 S.



Deutlich stärker als bei den pragmatischen sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlern ist die Diskussion in der DDR am traditionellen Kategoriensystem des Marxismus-Leninismus festgemacht. Insbesondere in der ersten Zeit nach dem VIII. Parteitag, als es galt, kritisierte Positionen zu räumen, mochte den Gesellschaftswissenschaftlern in der DDR der Rückgriff auf diese Kategorien als ein geeigneter „ideologischer Regenschirm“ erscheinen, mit dessen Hilfe man sich dem politisch gesetzten Erkenntnisinteresse relativ ungefährdet annähern konnte. So ging man davon aus, daß es weder gerechtfertigt sei, „unter Berufung auf die gemeinsamen Eigentumsverhältnisse die gesamte Intelligenz der Arbeiterklasse zuzuordnen, noch... sie in ihrer Gesamtheit unter Berufung auf die Existenz von Unterschieden von der Arbeiterklasse abzugrenzen“<sup>38)</sup>. Als Bezugspunkt ihrer Differenzierung und ihres Verhältnisses zur Arbeiterklasse wird jetzt die sozialökonomische Heterogenität der Intelligenz gesehen. Vor allem müsse sie nach ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit differenziert werden und es müsse dann zweitens „die objektive Dialektik von Gemeinsamkeiten und Besonderheiten im Verhältnis zur Arbeiterklasse für jeden dieser verschiedenen Teile der Intelligenz soziologisch konkret herausgearbeitet werden“<sup>39)</sup>.

Das Kriterium „Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit“ wird nicht unter funktionalen Aspekten gesehen, sondern es wird für den durch gleiche Eigentumsverhältnisse wie die Arbeiterklasse charakterisierten Teil der Intelligenz erläutert als „die unterschiedliche Beziehung zur sozialistischen Großproduktion einschließlich ihrer Leitung, Planung, Organisation und Vorbereitung und auf dieser Basis das unterschiedliche Niveau der objektiven Organisiertheit und Vergesellschaftung“<sup>40)</sup>. Ausdrücklich wird darüber hinaus an der gleichen Stelle festgestellt: „Die sozialökonomische Qualität der Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz kann nicht in erster Linie auf der Grundlage des Charakters der Arbeit u. ä. Merkmale beurteilt werden.“ Verstärkt wird diese Ar-

gumentation noch dadurch, daß für die Bewertung des sozialistischen Charakters der Intelligenz — obwohl kurz vorher als peripher bezeichnet — das Kriterium der sozialen Herkunft herangezogen wird<sup>41)</sup>.

Kriterien wie Nähe zu den Produktionsmitteln, Vergesellschaftungsgrad der Arbeit u. ä. werden von den DDR-Soziologen konzeptionell überbewertet. Dagegen treten — zumindest was die Charakterisierung der Intelligenz und ihre Abgrenzung von der Arbeiterklasse betrifft — „subjektive“ Kriterien wie Qualifikation und konkrete Tätigkeit zu stark in den Hintergrund. Gerade über diese Kriterien jedoch würden Sozialisationsmedien für die Analyse erschlossen, ohne die eine auf Gesamtgesellschaft angelegte Sozialstrukturuntersuchung und -theorie schlechterdings nicht auskommen kann. Unter diesen Umständen erscheint es fraglich, ob die Absicht der in der DDR vorgenommenen Strukturanalyse, „die objektive Determiniertheit wesentlicher gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse, wie z. B. der Formung der sozialistischen Persönlichkeit, aufzudecken“<sup>42)</sup>, auch nur annähernd realisiert werden kann.

In Schwerpunktsetzung und methodologischem Vorgehen der Sozialstrukturforschung in der DDR mischen sich also — jedenfalls gilt dies für die Definition des Verhältnisses von Intelligenz und Arbeiterklasse — in der marxistischen Tradition begründete Orientierungsdaten mit aktuellen Herrschaftsinteressen, insbesondere dem Nachweis der Legitimität des politischen Systems, das durch den heute sich vollziehenden raschen sozialen Wandel in der Folge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts Verunsicherungen ausgesetzt ist. Das in der DDR feststellbare, im Vergleich zur Sowjetunion stärkere Bezugnehmen auf traditionelle marxistisch-leninistische Kategorien kann als Maßstab für den Grad der Verunsicherung gerade in diesem Bereich genommen werden.

Im folgenden soll herausgearbeitet werden, ob und inwieweit die Analyse der internen Struktur der Arbeiterklasse sich von dem hier dargestellten Erkenntnisinteresse und Kategorienschema abhebt.

<sup>38)</sup> Manfred Lötsch/Rudi Weidig, Soziologische Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: DZfPh 5/1972, S. 614 (Hervorhebung im Original).

<sup>39)</sup> Ebenda, S. 614.

<sup>40)</sup> Ebenda, S. 613.

<sup>41)</sup> Vgl. ebenda, S. 614 u. S. 612.

<sup>42)</sup> Manfred Lötsch/Rudi Weidig, Soziologische Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, a. a. O., S. 616.



### III. Zur inneren Struktur der Arbeiterklasse

#### 1. Gliederungskonzeptionen: sozialökonomische Betrachtung und Arbeitsteilung

Gemeinsame Ausgangsbasis der Gesellschaftswissenschaftler in den sozialistischen Ländern — auch derjenigen in der angeblich historisch fortgeschritteneren Sowjetunion — ist die Annahme, daß soziale Unterschiede zwischen Gruppierungen innerhalb der Arbeiterklasse bestehen. Das Problem, die Unterschiede zwischen den Klassen und Schichten zu überwinden, verknüpft sich „mit dem nicht weniger komplizierten Problem . . . , schrittweise Unterschiede innerhalb der Klassen zu überwinden“<sup>43)</sup>. Die Entwicklung zur sozial homogenen Gesellschaft verläuft über den Prozeß — so wird angenommen — einer weiteren Differenzierung: Über sich herausbildende fortgeschrittene Schichten in einzelnen sozialen Gruppen gleicht sich die gesamte Gruppe aus. „Die Differenzierung wird in dieser Gesellschaft nicht aufgehoben, sondern nimmt offensichtlich neue Formen an.“<sup>44)</sup>

Unterschiede zeigen sich — ähnlich den oben dargestellten — zwischen sowjetischen und DDR-Gesellschaftswissenschaftlern in der Gewichtung sozialökonomischer Betrachtungsweisen und Differenzierungskriterien.

In diesem Zusammenhang spielt die Interpretation des Marxschen „Gesamtarbeiters“ eine wichtige Rolle. Sowohl in der sowjetischen Literatur wie auch in der DDR wurde vor einigen Jahren von einzelnen Autoren der „gesellschaftliche Gesamtarbeiter“ mit der Arbeiterklasse identifiziert. Auf der Grundlage dieses Verständnisses wurde die gesellschaftliche Arbeitsteilung in die Arbeiterklasse integriert, so daß auch von daher die Zuordnung wenigstens von Teilen der Intelligenz zur Arbeiterklasse begründet werden konnte<sup>45)</sup>. Diese Auffassung wurde von Fedossejew kritisiert, der darauf verwies, daß Karl Marx den Begriff „Gesamtarbeiter“ keineswegs mit der Arbeiterklasse identifizierte, sondern im Gegenteil „auf die innere soziale

Ungleichartigkeit der durch diesen Begriff bestimmten Belegschaft eines Betriebes“ verwies<sup>46)</sup>.

Von der von Fedossejew genannten Denkfigur aus gelangt man offensichtlich sehr viel leichter zu einer funktionalen Untergliederung nicht nur aller Beschäftigten, sondern auch der Arbeiterklasse selbst. Entsprechend wird in der sowjetischen Literatur die Untergliederung der Arbeiterklasse nach dem Charakter der Arbeit bzw. gar nach dem Qualifikationsgrad vorgenommen<sup>47)</sup>.

Im Unterschied dazu geht man in der DDR immer wieder von politisch unverfänglicheren globalen sozialökonomischen Strukturmerkmalen aus. Als Grundlage der Struktur der Arbeiterklasse gilt die *gesellschaftliche Arbeitsteilung*, insbesondere die Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit: „Hier geht es durchaus nicht um eine technologische Funktionsteilung, sondern um solche gesellschaftlich relevante Dimensionen wie: Struktur der Klasse nach objektiven Bereichen der Volkswirtschaft, nach grundlegenden arbeitsteiligen Funktionen innerhalb des Reproduktionsprozesses, nach unterschiedlichen Graden der Vergesellschaftung und der Konzentration, nach dem Grad der Modernität und Komplexität der Produktion und der Produktionsmittel u. a. m.“<sup>48)</sup>

Mit diesem Herangehen an die Untergliederung der Arbeiterklasse wird zunächst unterstellt, daß in verschiedenen Wirtschaftszweigen, in verschiedenen Betriebsgrößen und bei unterschiedlichen Produktionsbedingungen beschäftigte Arbeiter sich in ihrer sozialen Lage unterscheiden. Veränderungen in der Strukturentwicklung der Arbeiterklasse wären dann als Folge von Veränderungen der Struktur der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft zu registrieren. Die Schwierigkeit bei diesem Ansatz besteht für die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissen-

<sup>43)</sup> Kurt Krambach/Manfred Lötsch/Rudi Weidig, Die Entwicklung der Klassenstruktur in der DDR . . . , a. a. O., S. 1150.

<sup>44)</sup> So F. N. Gelbuch und O. N. Trubizyn nach I. I. Krawtschenko/O. N. Trubizyn, Probleme der Sozialstruktur der sowjetischen Gesellschaft, a. a. O., S. 1206.

<sup>45)</sup> Vgl. Hansgünter Meyer, Zu einigen Lehren Lenins . . . , a. a. O., S. 197, und O. I. Schkaratan nach Autorenkollektiv, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Wesen und Kriterien — Kritik revisionistischer Konzeptionen, a. a. O., S. 170 f.

<sup>46)</sup> Vgl. Autorenkollektiv, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Wesen und Kriterien — Kritik revisionistischer Konzeptionen, Berlin (Ost) 1973, S. 171.

<sup>47)</sup> In: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft . . . , a. a. O., S. 168, werden „drei grundlegende soziale Schichten“ innerhalb der Arbeiterklasse unterschieden: „unqualifizierte und wenig qualifizierte Arbeiter, Arbeiter mit mittlerer Qualifikation sowie hochqualifizierte Arbeiter“.

<sup>48)</sup> Manfred Lötsch/Rudi Weidig, Soziologische Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, a. a. O., S. 616.



schaftler in der DDR nun darin, Untergliederungen einer sozialen Gesamtheit nachweisen zu wollen, die als solche ihnen noch gar nicht bekannt ist. Folglich wird nicht die Arbeiterklasse an sich, sondern ein konstruierter „Idealtypus“ Objekt der weiteren Reflexion und soziologischen Untersuchung.

Bei der Festlegung dieses „Idealtyps“ stützt man sich auf politische und aus der Theorie des Marxismus-Leninismus vorgegebene Gesichtspunkte. Ausgehend von der „Frage nach den politischen Führungsgrößen im Anwachsen der Führungsrolle der Arbeiterklasse, nach Veränderungen in der Struktur dieser Klasse sowie gestützt auf die ‚Klassiker‘“, sollen „Untersuchungen über die Produktionsarbeiter im allgemeinen und die Industriearbeiter im besonderen ein Schlüssel für die Beantwortung einiger der hier aufgeworfenen Fragen sein“<sup>49)</sup>.

Seinen auf sozialökonomische Kategorien fixierten Denkansatz führt H. Pawula noch dadurch fort, daß er den Produktionsarbeiter der Industrie zum Prototyp des Produktionsarbeiters überhaupt erklärt. Die typischen Wesensmerkmale der Produktionsarbeiter seien bei den Industriearbeitern (= Produktionsarbeiter der Industrie) am stärksten ausgeprägt, was sich vorrangig aus der Tatsache ergebe, „daß die Industrie den wichtigsten Wirtschaftszweig darstellt, von dem die Entwicklung der Produktivkräfte und damit auch der Wohlstand der Gesellschaft als Ganzes weitgehend abhängt“<sup>50)</sup>. Darüber hinaus sieht Pawula

<sup>49)</sup> Harry Pawula, Rolle und Platz der Produktionsarbeiter der Industrie innerhalb der sozialistischen Arbeiterklasse, in: DZfPh 6/1973, S. 678 ff., S. 680. Pawula war Leiter einer Forschungsgruppe des Franz-Mehring-Instituts der Karl-Marx-Universität Leipzig, die im Sommer 1973 Untersuchungen unter mehr als 26 000 Beschäftigten von Großbetrieben der Stadt und des Bezirkes Leipzig durchführte. Vgl. Gert Friedrich/Hartmut Kästner/Ehrenfried Pöbneck, Probleme der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Sozialismus (Bericht von der Arbeitstagung im Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig vom September 1973), in: DZfPh 6/1974, S. 739 ff., S. 740. Zur Charakterisierung der Produktionsarbeiter vgl. Pawula, S. 682 f. Nicht zuletzt gelten die Produktionsarbeiter deshalb als so wichtig für die Entwicklung der gesamten Klasse, weil „ihre soziale Bestimmtheit auch dann noch erhalten bleibt, wenn — durch den Prozeß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bedingt — neue Gruppen in der Arbeiterklasse entstehen, die sowohl in ihrer Bedeutung zunehmen als auch quantitativ wachsen können“. Manfred Zimek, Die Produktionsarbeiter — soziale Hauptgruppierung der Arbeiterklasse, in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR, a. a. O., S. 117.

<sup>50)</sup> Harry Pawula, Rolle und Platz der Produktionsarbeiter . . . , a. a. O., S. 684.

die Arbeiter der sozialistischen Industrie, besonders der Großindustrie, als den „Kern der sozialistischen Arbeiterklasse“<sup>51)</sup>.

## 2. Präzisierung, Differenzierung und Erweiterung der Kategorien/Forschungsansätze

Ausgehend vom sozialökonomischen Denkansatz werden aber auch feiner strukturierende Kriterien genannt. Dazu gehören das Verhältnis von körperlicher und geistiger Arbeit, der Charakter der Arbeit, Qualifizierung und Bildung, Einkommen, „Lebensniveau“ und demographische Kriterien<sup>52)</sup>. Während weiter oben Charakter der Arbeitstätigkeit und Qualifikation als Kriterien bezeichnet werden, die abgeleitete Erscheinungsformen der Klassenstruktur widerspiegeln, gelten sie hier als sozialökonomische, primäre Kriterien für die Strukturentwicklung der Arbeiterklasse<sup>53)</sup>. Darüber hinaus versuchen dieselben Autoren, sich noch weiter von einer verkürzten materialistischen Betrachtungsweise zu entfernen: Die sogenannten Kriterien müßten insbesondere durch solche Strukturmerkmale ergänzt werden, „die sich aus der politisch-ideologischen Funktion der Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft ergeben, wie z. B. die politische Organisiertheit, die Entwicklung des Bewußtseins, die Interessen- und Bedürfnisstruktur usw.“<sup>54)</sup>.

<sup>51)</sup> Ebenda, S. 685. Vgl. ähnlich K. Richter, zitiert bei D. Pellmann/H. Kästner, Arbeiterklasse im Sozialismus (Bericht von der Arbeitstagung im Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig vom September 1973), in: BzG 2/1974, S. 312 ff., S. 313, und Hansgünter Meyer, Soziologie und sozialistische Gesellschaftsplanung, in: Spektrum 9/1973, S. 15 ff., S. 16. Vgl. auch Rudi Weidig/Manfred Lötsch, Probleme der Beziehungen . . . , Thesen, a. a. O., S. 10 f. Hier werden als Kern der Arbeiterklasse die Produktionsarbeiter in der materiellen Großproduktion definiert. Sie gelten als „jener Teil der Klasse, der die entscheidenden materiellen Grundlagen des Lebens der Gesellschaft produziert, der das Profil, die revolutionäre Kraft, die Interessen, Disziplin und Organisiertheit der ganzen Arbeiterklasse wesentlich prägt, von dessen Bewußtheit, Aktivität und gesellschaftlichen Beziehungen hauptsächlich die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft bestimmt wird“.

<sup>52)</sup> Rudi Weidig/Manfred Lötsch, Probleme der Beziehungen . . . , Thesen, a. a. O., S. 12.

<sup>53)</sup> Ebenda, S. 6 u. S. 12.

<sup>54)</sup> Ebenda, S. 12. Vgl. auch Harry Pawula, Rolle und Platz der Produktionsarbeiter . . . , a. a. O., S. 687. Die Erklärung für die einmal als abgeleitet, das andere Mal als sozialökonomisch qualifizierten Kriterien ergibt sich aus dem Kontext. Im ersten Fall ging es um die Abgrenzung von Arbeiterklasse und Intelligenz, im zweiten um die innere Struktur der Arbeiterklasse. Allenfalls im Verhältnis zu (politischen) Bewußtseinsinhalten könnten die genannten Kriterien mit Recht als sozialökonomische charakterisiert werden.



wangsläufig — ähnlich wie in der UdSSR —  
ußten auch in der DDR mit der Inangriff-  
ahme empirischer Untersuchungen die Kri-  
rien ‚Charakter der Arbeit‘, ‚Qualifikations-  
veau‘ und ‚Berufsstruktur‘ an Bedeutung ge-  
innen. Da solche Untersuchungen insbeson-  
ere mit dem Ziel durchgeführt werden, Zu-  
mmenänge zwischen den verschiedenen  
strukturkriterien aufzudecken, um von hier  
us Vorschläge an die Politik unterbreiten zu  
önnen, sind bereits in der Anlage einer Un-  
rsuchung hypothetische Verknüpfungen not-  
endig.

ie für den industriellen Reproduktionspro-  
eß festgestellten Hauptfunktionen: ‚unmittel-  
ares Produzieren in der materiellen Produk-  
on‘, ‚Vorbereiten von Produktionsprozessen‘,  
‚erwalten von Sachen‘ sowie ‚Leiten von  
roduktions- und Verwaltungsprozessen‘ be-  
immen wesentlich — so wird gesagt — den  
halt der Arbeitstätigkeit. Zugleich stellen  
e verschiedenen Funktionen aber nicht allein  
ne Funktionsstruktur dar, sondern sie be-  
immen wesentlich auch die soziale Differen-  
erung in verschiedenen Lebensbereichen, wie  
wa die Arbeits- und Lebensbedingungen im  
sammenhang mit Ausbildung, kulturellen  
teressen, politischer Aktivität, Einkommen  
der Familienverhalten<sup>55)</sup>.

us den im Industriebetrieb festgelegten  
undfunktionen wurden weiter die folgenden  
eschäftigungsgruppen abgeleitet:

- Produktionsgrundarbeiter
- Produktionsarbeiter in Hilfsfunktionen und  
Dienstleistungen
- Leiter
- ingenieurtechnisches Personal
- technische Angestellte (Laboranten, Güte-  
kontrolleure, Angehörige des Gesundheits-  
wesens usw.)
- Verwaltungsangestellte ohne Leitungsfunk-  
tion
- Hoch- und Fachschulkader in Forschung  
und Entwicklung<sup>56)</sup>.

ierzu wurden dann empirisch erfaßbare Ar-  
beitsplatzmerkmale (APM) festgelegt. „Auf  
ese Weise wird es möglich, 1. die konkrete  
usprägung der ‚Struktur nach Stellung im  
eproduktionsprozeß‘ und die Unterschiede im  
halt der Arbeitstätigkeit zu zeigen. Damit  
erden 2. Zusammenhänge zwischen dem In-  
alt der Arbeitstätigkeit und anderen Struk-  
turmerkmalen wie Qualifikation, Schwere der

Horst Laatz, Die empirische Erfassung von Ar-  
beitsplatzmerkmalen in der soziologischen Sozial-  
strukturanalyse, in: „Sozialstruktur“, a. a. O., S. 200.  
Ebenda, S. 201.

Arbeit usw. deutlich und 3. kann der konkre-  
ten Wirkung des Inhalts der Arbeitstätigkeit  
auf Einstellungen, Erwartungen, soziale Ver-  
haltensweisen nachgegangen werden.“<sup>57)</sup>

Um Angaben über Determinationsfaktoren im  
Prozeß der Sozialisation zu gewinnen, sollten  
die Untersuchungen in der DDR so angelegt  
werden, „daß entscheidende Strukturen mit  
‚Verhaltensdaten‘ korreliert werden kön-  
nen“<sup>58)</sup>. Als Verhaltensdaten gelten u. a. das ge-  
sellschaftliche Verantwortungsbewußtsein, In-  
formationsbedürfnisse und -zufriedenheit, Ein-  
stellung zur Weiterbildung, kulturelle Bedürf-  
nisse und Freizeitverhalten.

Zur empirischen Erfassung wurden, wie be-  
richtet wird, Merkmalskomplexe der Arbeits-  
tätigkeit gebildet. Jeder Komplex umfaßt meh-  
rere Variable, so der Komplex ‚Qualifikation‘  
z. B. Schulbildung, Berufsausbildung, das Ver-  
hältnis zwischen geforderter Fachqualifika-  
tion und der tatsächlich erreichten Qualifika-  
tion sowie Fähigkeiten und Fertigkeiten am  
jeweiligen Arbeitsplatz. Jedes Arbeitsplatz-  
merkmal wird skaliert, um Differenzierungen  
zwischen und innerhalb der Beschäftigtengrup-  
pen erfassen zu können. Für das Merkmal  
‚Qualifikationserfordernis‘ gilt beispielsweise  
die Skala: Ungelernter, Angelernter, Fachar-  
beiter, Meisterqualifikation, Fachschulabsol-  
vent, Hochschulabsolvent<sup>59)</sup>.

Hier wird ersichtlich, welche Bedeutung den  
nicht „primären“ sozialstrukturellen Kriterien  
in der empirischen Forschung der DDR zu-  
kommt. Über Charakter und Inhalt der Arbeit  
werden Gruppierungen erst herausgearbeitet,  
die in der sozialen Realität tatsächlich vorhan-  
den sind und verschiedene, in einem Ursache-  
Wirkung-Zusammenhang stehende Merkmale  
auf sich vereinigen. Wenn auch die forschungs-  
politisch vorgegebene Konzentration auf Pro-

<sup>57)</sup> Ebenda.

<sup>58)</sup> Rudi Weidig/Manfred Lötsch, Probleme der Be-  
ziehungen . . . , Thesen, a. a. O., S. 12 f.

<sup>59)</sup> Horst Laatz, Die empirische Erfassung von Ar-  
beitsplatzmerkmalen in der soziologischen Sozial-  
strukturanalyse, a. a. O., S. 201 ff. Zu den Defini-  
tionen „Facharbeiter“, „angelernte Arbeiter“ und  
ungelernte Arbeiter“ vgl. Gerda Grammdorf, Die  
Veränderung der sozialen Struktur der Arbeiter-  
klasse in der Stadt Rostock von 1952 bis 1970,  
in: Wiss. Z. Univ. Rostock 5/1972, G, S. 465 ff., S.  
469, Fußnoten. Für Qualifikation schlägt Gram-  
mdorf gegenüber der in der Statistik gebräuchlichen  
Definition eine Neufassung vor. Qualifikation soll  
danach sein „die Gesamtheit der erworbenen Ar-  
beitserfahrungen, Arbeitsfertigkeiten und Arbeits-  
fähigkeiten, die zur Durchsetzung und Erfüllung  
bestimmter Produktionsaufgaben entsprechend dem  
Stand der Produktivkräfte und zur schöpferischen  
Teilnahme an der Planung und Leitung des Repro-  
duktionsprozesses erforderlich sind“. Ebenda,  
S. 470.



duktions- bzw. Industriearbeiter bestehen bleibt, so kann die DDR-Sozialstrukturfor- schung durch die angeführte Differenzierung und die Verknüpfung sozialökonomisch deter- minierter mit konkreten, die Individuen prä- genden Kriterien schließlich doch zu einem brauchbaren Instrument der Politik für die Gestaltung industrieller Arbeitsorganisation, des Ausbildungs-, speziell des Berufsausbil- dungswesens oder auch kulturpolitischer Pro- gramme werden.

### 3. Faktische Gliederungs- und Entwicklungstendenzen

Wenn mit den Sozialstrukturuntersuchungen in der DDR — wie bereits hervorgehoben — beabsichtigt ist, die zunehmende soziale Ho- mogenität der Arbeiterklasse nachzuweisen, so muß bei Betrachtung der veröffentlichten Daten festgestellt werden, daß dies allenfalls ein sehr allgemeiner und wohl eher durch bil- dungs- und sozialpolitische Maßnahmen her- beigeführter bzw. herbeizuführender Entwick- lungstrend sein kann als eine Folge des tech- nologischen und sozioökonomischen Wandels in der Volkswirtschaft.

Politische Absicht dabei ist es, „nicht mehr ge- rechtfertigte soziale Unterschiede zwischen be- stimmten Teilen der Klasse ... auf dem Wege der Sozialpolitik, der konsequenten Anwen- dung des Leistungsprinzips, durch die Erwei- terung des Facharbeiterstammes, die ver- stärkte Aus- und Weiterbildung der Frauen zu Produktionsfacharbeitern, durch die Ver- besserung der Arbeitsbedingungen usw.“ zu reduzieren bzw. allmählich zu überwinden<sup>60)</sup>. Aber selbst die zunehmende Angleichung der Arbeitsbedingungen in formaler Hinsicht un- ter dem Signum ‚sozialistische industrielle Großproduktion‘ — abgesehen davon, daß diese Produktionsform als Arbeitsbedingung der Beschäftigten im volkswirtschaftlichen Maßstab sehr enge Grenzen hat — kann nicht eine nach Einstellungen, Verhalten, Interessen, Ausbildungsstand, Disponibilität und beliebigen Bewußtseinsinhalten homogene Masse von Angehörigen der Arbeiterklasse hervor- bringen. Die von den Soziologen in der DDR vorgelegten Ergebnisse zeigen in der Tat, daß der im Gefolge des wissenschaftlich-techni- schen Fortschritts sich vollziehende sozio- ökonomische Wandel zu vielfältigen Momen- ten sozialer Differenzierung führt.

So spielt z. B. eine wichtige Rolle, daß die von Fourastié festgestellte Tendenz industrieller

Gesellschaften, den tertiären Sektor auf Ko- sten des primären, vor allem aber des gewerb- lichen Sektors immer mehr auszuweiten, auch um sozialistische Volkswirtschaften keinen Bogen macht. Die Zahl der in den „nicht pro- duktiven“ Bereichen Beschäftigten nimmt also in den sozialistischen Ländern zu. „In der So- wjetunion wuchs in den 10 Jahren von 1960 bis 1970 der Anteil der in diesen Bereichen Beschäftigten von 22 auf 28 %. Auch in der DDR wuchs in den letzten 10 Jahren der Anteil der Arbeiter und Angestellten im nichtprodu- zierenden Bereich rascher als im produzierenden Bereich der Volkswirtschaft.“<sup>61)</sup>

Interessant sind auch Untersuchungen, die Verschiebungen in der Anzahl der Beschäftig- ten zwischen den verschiedenen Industriezwei- gen nachweisen. Damit sind Anhaltspunkte für die Planung der Berufsausbildung, aber auch, wenn Tendenzen aufgezeigt werden können, für die Wirtschaftsplanung oder den Städte- bau sowie auch für die Verkehrsplanung abzu- lesen. So wurde festgestellt, daß der prozen- tuale Anteil der Arbeiter des Maschinen- und Fahrzeugbaus an der Gesamtarbeiterzahl der Industrie von 24,6 im Jahre 1955 auf 26,1 im Jahre 1971 anstieg. Im Bereich Elektrotechnik/ Elektronik/Gerätebau, in der chemischen In- dustrie und in der Metallurgie war die relative Steigerung beträchtlich höher. Diese Verschie- bungen werden überlagert durch Verschiebun- gen der Qualifikationsstruktur, bezogen auf die Industriezweige<sup>62)</sup>.

Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur können entstehen durch normative Umorien- tierungen in der Gesellschaft, etwa durch Hö- her- oder Minderbewertungen einer bestimm- ten Tätigkeit und daraus abgeleiteten Ansprü- chen an das Ausbildungsniveau oder auch durch die Arbeitsmarktsituation, die zu einem bestimmten Zeitpunkt die Besetzung bestimm- ter Positionen mit hochqualifizierten Bewer- bern zuläßt und zu einem anderen nicht. Nicht selten, so zeigen die in der DDR angestellten Untersuchungen, sind Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur jedoch unmittelbare Folgen des wissenschaftlich-technischen Fort- schritts bzw. neueingeführter Produktionstech- nologien.

Dabei zeichneten sich bisher widersprechende Tendenzen in der Anforderung an die Qualifi- kation ab. Einerseits führen produktionstech- nische Neuerungen u. a. zur Herausbildung neuer Berufe und in diesem Prozeß zu einer Anhebung des Ausbildungsniveaus. Eine Viel-

<sup>60)</sup> Rudi Weidig, Die Arbeiterklasse im Prozeß der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Ge- sellschaft, in: Einheit 4/1973, S. 430 ff., S. 437.

<sup>61)</sup> Ebenda, S. 438.

<sup>62)</sup> Harry Pawula, Rolle und Platz der Produktions- arbeiter ..., a. a. O., S. 692.



zahl neuer Berufe bedarf einer umfassenderen Ausbildung, die für die überkommene Berufsstruktur nicht erforderlich war. Insgesamt nimmt damit der Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitern zu. Als Ergebnis dieser Tendenz kann man die Verdoppelung des Anteils der Facharbeiter unter den Arbeitern der sozialistischen Industrie von 1955 bis 1970 betrachten<sup>63)</sup>.

Daß diese Erhöhung des Ausbildungsniveaus jedoch nicht immer unmittelbare Folge neuer Produktionstechnologien und -techniken sein muß, ergibt sich daraus, daß in der Industrie der DDR auch Dequalifizierungstendenzen sichtbar wurden. In einigen Bereichen stagniert der Anteil der Facharbeiter oder geht zurück, während der Anteil der Angelernten zunimmt. Diese Tendenz tritt vor allem beim Übergang von der Werkstattfertigung zur mechanisierten Fließfertigung auf<sup>64)</sup>. M. Lötsch und R. Weidig schließen daraus, „daß eine bestimmte Richtung der technischen Entwicklung durchaus zu Erscheinungen der Dequalifizierung führen kann, wenn die Erfordernisse der Qualifikation ausschließlich aus den Erfordernissen der Technologie abgeleitet werden“<sup>65)</sup>. Das bedeutet, daß auch in einer sozialistischen Gesellschaft zumindest in Einzelfällen ausgebildete Facharbeiter bei Umstellung der Produktionstechnik in Positionen eingesetzt werden, in denen sie ihre relativ gute bzw. spezifische Qualifikation nicht nutzen können. Damit entstehen nicht allein Probleme unter bildungsökonomischen Gesichtspunkten bzw. solchen der volkswirtschaftlichen Effizienz, als vielmehr auch individuelle Problemsituationen, die mit dem Terminus Entfremdung angedeutet werden können. Das für den Kommunismus avisierte Ziel der Aufhebung der Entfremdung wird also zumindest heute noch durch ihm widersprüchliche Entwicklungen im Bereich der Produktion blockiert.

<sup>63)</sup> Ebenda, S. 689. Lötsch und Weidig geben für 1956 25,8 % für 1970 52 % an. Manfred Lötsch/Rudi Weidig, Soziologische Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, a. a. O., S. 617.

<sup>64)</sup> Manfred Lötsch/Rudi Weidig, Soziologische Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, a. a. O., S. 617.

<sup>65)</sup> Ebenda, S. 618. Daraus resultiert auch die Forderung, die Lösung von Problemen der sozialen Entwicklung zusammen mit dem wissenschaftlich-technischen Prozeß anzugehen und die „Verbindlichkeit sozialer Zielkriterien des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entscheidend“ zu erhöhen. Rudi Weidig, Die Entwicklung der Arbeiterklasse und der Persönlichkeit bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR, a. a. O., S. 53.

So wurde beobachtet, daß im Fertigungsprozeß nebeneinanderstehende Angelernte und Facharbeiter Arbeiten der gleichen Wertigkeit ausführten, Arbeiten, die die gleichen Vorkenntnisse erfordern, was dazu führt, daß teilweise bisherige Kenntnisse und Fertigkeiten brachliegen und verkümmern<sup>66)</sup>. Auch Monotonieerscheinungen wurden — wie in allen hochindustrialisierten Gesellschaften — in der Industrie der DDR beobachtet. Wenn auch Entfremdung, Dequalifizierung und Monotonie als mit den in der Ideologie vorgegebenen Werten unvereinbar erachtet werden, so wird andererseits gesehen, daß die gegenwärtigen und mittelfristigen Produktionsbedingungen immer noch ein Abwägen zwischen weiterem wirtschaftlichen Wachstum und negativen Begleiterscheinungen beim Arbeitsprozeß abverlangen: „Da die Fließbandproduktion noch eine weitere Ausdehnung erfahren wird und bei uns über eine längere Zeitperiode das dominierende Fertigungsprinzip sein wird, werden viele, auch junge Arbeiter einen großen Teil ihres Lebens unter diesen Bedingungen arbeiten. Es kommt daher darauf an, Mittel und Methoden zu suchen, zu erproben und anzuwenden, die die Monotonie herabsetzen oder aufheben.“<sup>67)</sup>

Auch ein Vergleich des „Profils“ eines vollmechanisierten Arbeitsplatzes mit dem eines vollautomatischen Arbeitsplatzes<sup>68)</sup> zeigt, daß technischer Fortschritt nicht immer auch zugleich sozialen Fortschritt bedeutet. „Die vollautomatischen Arbeitsplätze haben Tendenzen zu mittleren Schweregraden der physischen Arbeit, zu ‚mittlerer‘ Aufmerksamkeit, zu einer ‚angelernten Qualifikation‘, während die vollmechanisierten Arbeitsplätze sowohl ‚geringe‘ als auch ‚große‘ körperliche Arbeit erfordern, zu ‚sehr großer‘ Aufmerksamkeit tendieren und ‚Angelernten-‘ und ‚Facharbeiterqualifikation‘ verlangen.“<sup>69)</sup>

<sup>66)</sup> Fred Müller, Gemeinschaftsarbeit kontra Monotonie, Berlin (Ost) 1969, S. 53.

<sup>67)</sup> Ebenda, S. 55 f. Wohl aus der Einsicht in die Notwendigkeit heraus hatte Wolfgang Eichhorn II 1965 auf einer Konferenz neben weiteren Anforderungen, die im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß gestellt würden, auch von „Monotoniefestigkeit“ gesprochen. Dazu entspann sich laut F. Müller eine lebhaft diskutierte Diskussion. Fred Müller, Gemeinschaftsarbeit kontra Monotonie, a. a. O., S. 69.

<sup>68)</sup> Als vollmechanisiert gilt ein Arbeitsplatz, an dem der Arbeiter über 50 % seiner Arbeitszeit unmittelbare Arbeit an der Maschine verrichtet, am vollautomatischen Arbeitsplatz sind über 50 % der Arbeitszeit Überwachung des Automaten. Horst Laatz, Die empirische Erfassung von Arbeitsplatzmerkmalen in der soziologischen Sozialstrukturanalyse, a. a. O., S. 205.

<sup>69)</sup> Ebenda, S. 205 u. 208. Laatz untersuchte auch die Kommunikationsmöglichkeiten am Arbeitsplatz



Eine ähnliche Problematik ist durch die Notwendigkeit von Schichtarbeit gegeben. Mögliche Entfremdungserscheinungen im Arbeitsprozeß werden u. U. hier noch überlagert durch das relative Abgeschnittensein des Schichtarbeiters vom gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß. Zu einer teilweise geringeren Informationsmöglichkeit kommen noch reduzierte Möglichkeiten der gesellschaftlichen Betätigung. Entsprechende Untersuchungen in der DDR haben z. B. ergeben, daß die tatsächlichen Möglichkeiten für Schichtarbeiter nicht deren durchschnittlicher Weiterbildungsbereitschaft entsprechen<sup>70)</sup>. Auch dieses Beispiel zeigt, daß der „Sachzwang“ der materiellen Produktion nicht selten Normen und Werten aus dem politischen System entgegensteht und daß folglich zwischen verschiedenen Zielsetzungen abzuwägen ist bzw. Folgeprobleme auftreten, die zu ihrer Lösung politische Entscheidungen und zusätzliche gesellschaftliche Leistungen über den Produktionsbereich hinaus bedürfen.

Zu den positiven Folgen des Fortschreitens der Industrialisierung in der DDR gehören dagegen die Abnahme schwerer körperlicher Arbeit und die Zunahme geistiger Tätigkeitsinhalte. Für den Zeitraum 1965/66 bis 1971/72 werden die folgenden Veränderungen angegeben:

Kontrollfunktionen an Maschinen	Zunahme um 22 %
geistige Bedienungstätigkeit an Maschinen	Zunahme um 20 %
andere Kontroll- und Überwachungstätigkeit	Zunahme um 16 %
körperliche Arbeit mit energiebetriebenen Maschinenwerkzeugen	Zunahme um 15 %
körperliche Bedienungstätigkeit an Maschinen	Zunahme um 12 %
Maschinenarbeit	Zunahme um 11 %
körperlich schwere Tätigkeit an Maschinen	Rückgang um 8 %
allgemeine Maschinenarbeit	Rückgang um 9 %
körperliche Arbeit ohne energiebetriebenes Werkzeug	Rückgang um 30 %

(S. 204) und stellte dabei fest, daß bei immerhin 21 % der Befragten die Kommunikation behindert, bei 18 % stark behindert und bei 5 % fast unmöglich ist.

<sup>70)</sup> K. Stange/R. Hesse, Der Einfluß der Mehrschichtarbeit auf die Einstellung der Produktionsarbeiter zur Qualifizierung, in: R. Stollberg (Hrsg.), Schicht-

Gleichzeitig wird jedoch darauf hingewiesen, daß nur etwa 12 % der Beschäftigten der Industrie geistige Bedienungsfunktionen ausüben<sup>71)</sup>. Daran zeigt sich, daß die Zunahme geistiger Arbeit ein in nur gemäßigttem Tempo und in nicht umfassenden Ausmaß ablaufender Prozeß sein kann.

In Auswertung einer Untersuchung, die an 18 000 Angehörigen der Arbeiterklasse und einigen anderen Werkträgern durchgeführt wurde, kommt H. Meyer zu diesem Ergebnis: „Die Arbeitsteilung vertieft sich, aber sie vertieft sich nicht auf einem gleichbleibenden, heute gegebenen Niveau (etwa derart, daß zu den bestehenden Berufen und Tätigkeiten immer neue, technisch und sozial gleichartige hinzukommen). Es finden vielmehr tiefgreifende Umgestaltungen statt. Man kann diese im groben als Verlagerung der aufzuwendenden geistigen Arbeit aus der operativen Durchführung und Lenkung der Produktionsprozesse in ihre Vorbereitungs- und Nachbereitungsphase charakterisieren. Vor einigen Jahren wurde angenommen, daß diese Veränderungen sehr rasch verlaufen und in wenigen Jahrzehnten die unkomplizierte Arbeit im wesentlichen verschwunden sei, daß 80 % der Menschen Abitur, Fach- und Hochschulbildung haben. Zu Recht trat eine gewisse Ernüchterung ein, denn dieser Prozeß verläuft doch wesentlich langsamer.“<sup>72)</sup> Eine Tendenz zur Zerlegung des Arbeitsprozesses in immer einfachere Einheiten ist also auch hier zu beobachten.

Andererseits müsse man, so H. Meyer, „von der Voraussetzung ausgehen, daß die für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß aufzuwendende geistige Arbeit rasch zunimmt... Zugleich erhöhen sich die objektiven gesellschaftlichen Anforderungen an das Verständnis komplizierter Gesamtprozesse, an das Verantwortungsbewußtsein der Werkträgern, an ihre Fähigkeiten bei der Leitung und Planung, Organisation und Kontrolle der Arbeit mitzuwirken“. Einer Zunahme der Arbeitsplätze mit geringerer geistig-schöpferischer Beanspruchung steht wegen des viel höheren Wertes der Produktionsmittel eine Zunahme der Verantwortung gegenüber<sup>73)</sup>. Diese objektiven, von der Produktionstechnik vorgegebenen Daten stehen

arbeit in soziologischer Sicht (Beiträge zu einer Konferenz vom Juni 1972), Berlin (Ost) 1974, S. 52 ff., insbes. S. 57 ff.

<sup>71)</sup> Manfred Lötsch/Rudi Weidig, Soziologische Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, a. a. O., S. 618.

<sup>72)</sup> Hansgünter Meyer, Soziologie und sozialistische Gesellschaftsplanung, a. a. O., S. 16.

<sup>73)</sup> Ebenda, S. 16 u. S. 17.



in offensichtlichem Zusammenhang mit sozialen Daten, die die jeweiligen Positionsinhaber charakterisieren. So zeichnen sich Arbeiter an Vollautomaten denjenigen an Werkzeugmaschinen traditionellen Typs gegenüber dadurch aus, daß sie ein geringeres Anspruchsniveau an selbständige und schöpferische Arbeit, größere Zufriedenheit mit monotoner Arbeit und mit niedrigeren Qualifikationsanforderungen aufweisen. Andererseits sind sie stärker an der „Neuererbewegung“ beteiligt, üben mehr gesellschaftliche Funktionen aus, fühlen sich häufiger für das gesamte Kollektiv verantwortlich, sind stärker auf Probleme der Technik als auf Fragen des Einkommens orientiert und stellen höhere Erwartungen an das gesellschaftliche, geistige und kulturelle Leben im Betrieb<sup>74)</sup>.

Noch deutlicher als in der Zunahme geistiger Tätigkeit macht sich der technische Wandel durch die Veränderung der Berufsstruktur bemerkbar. Bestimmte Berufe gewinnen an Bedeutung<sup>75)</sup>, andere verschwinden und neue bilden sich heraus. So wurden in der DDR Anfang der sechziger Jahre die Ausbildungsberufe verringert und die Grundausbildung in den Berufen der Metallindustrie, Elektroindustrie und für die Maschinisten vereinheitlicht. Für einige Bereiche wurden der neue Berufstyp des Grundberufs geschaffen<sup>76)</sup>. Um die in den Grund- und Ausbildungsberufen Ausgebildeten in ihrer Qualifikation den veränderten technischen Bedingungen anzupassen, wurde ein System der Aus- und Weiterbildung geschaffen. Diese Maßnahmen werden als „Schritte in der von Lenin geforderten Richtung des allseitig entwickelten Menschen“ begriffen<sup>77)</sup>. Zumindest diskutiert wurde in der DDR die Einführung eines „Forschungsfacharbeiters“ der chemischen Industrie, der einer in der Sowjetunion festgestellten Tendenz Rechnung tragen soll, wonach die Zahl der in wissenschaftlichen Kollektiven Beschäftigten schneller steigt als der Qualifikationsgrad<sup>78)</sup>.

<sup>74)</sup> Ebenda, S. 17.

<sup>75)</sup> So in der Sowjetunion der Beruf des Schlossers, des Elektroschlossers und des Maschinenarbeiters der Metallindustrie, in der Bauwirtschaft der DDR z. B. noch immer der des Maurers. Harry Pawula, Rolle und Platz der Produktionsarbeiter . . . , a. a. O., S. 690 f.

<sup>76)</sup> Herwart Pittack, Die Bedeutung von Produzententätigkeit und Berufsqualifikation für die Entwicklung der Arbeiterklasse, in: BzG 2/1974, S. 275 ff., S. 281.

<sup>77)</sup> Ebenda.

<sup>78)</sup> Vgl. Günther Bohring, Die wachsende Rolle der Arbeiterklasse bei der Verwirklichung des Zusammenschlusses von Wissenschaft und Produktion, in: Persönlichkeit und Kollektiv in der Forschung,

Nicht zuletzt an diesem Beispiel des Forschungsfacharbeiters erhellt, daß der soziale Wandel im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in bestimmten Richtungen und in z. T. recht engen Grenzen verläuft. Insofern erscheint die Feststellung von H. Meyer plausibel, wonach die Produktionsarbeiter quantitativ und nach ihrer sozialen Charakteristik die prägende Basis des gesamten Reproduktionsprozesses sind und es für lange Zeit bleiben werden<sup>79)</sup>. Zugleich deutet dieses Ergebnis darauf hin, daß die heute noch weitgehend auf den Industriebetrieb sich fixierende Sozialstrukturforschung nicht den gesamtgesellschaftlichen Wandel in den Griff bringen und entsprechend auch nicht den an sie gerichteten Erwartungen unter den Gesichtspunkten einer umfassenden Sozialplanung, der Vervollständigung des „Orientierungswissens“ und der politischen Legitimation gerecht werden kann: Auch in anderen Bereichen wird der soziale Wandel nicht so überstürzt vor sich gehen, als daß man sich auf längere Frist im gesamtgesellschaftlichen Maßstab nicht an der Norm des im industriellen Großbetrieb tätigen Produktionsarbeiters wird orientieren können. Vielfältige, aus den großen gesellschaftlichen Arbeitsteilungen überkommene soziale Unterschiede werden weiterbestehen, neue Differenzierungen werden auch unter sozialistischen Verhältnissen hinzukommen. Diesen Entwicklungstendenzen entsprechend werden die Vorstellungen von einer homogenen Gesellschaft, von der Aufhebung des Stadt-Land-Unterschiedes<sup>80)</sup> und der Überwindung von Unterschieden aus körperlicher und geistiger Arbeit noch eingehender Präzisierung bedürfen. Dies gilt nicht nur in bezug auf die analytische Funktion der entsprechenden Kategorien, sondern durchaus auch bezogen auf ihren Gehalt an politischer Norm. Vieles hängt damit von den Definierern des kommunistischen Endziels ab. In ihrem Belieben liegt es weitgehend, zu bestimmen, wer noch Arbeiter ist oder nicht mehr oder wer wieder.

Schriftenreihe „Soziologie“, Berlin (Ost) 1972, S. 18, und Günther Bohring/Reinhard Mocek, Arbeiterklasse und Produktivkraft Wissenschaft, in: DZfPh 6/1972, S. 697 ff., S. 715.

<sup>79)</sup> Hansgünter Meyer, Soziologie und sozialistische Gesellschaftsplanung, a. a. O., S. 16.

<sup>80)</sup> Gerade zu diesem Aspekt werden unter Berufung auf Engels neuere Überlegungen angestellt, die von dauernden territorial unterschiedlichen Lebensbedingungen ausgehen. Vgl. Siegfried Grundmann, Zu einigen Problemen der Entwicklung einer sozialistischen Lebensweise, der Sozialstruktur und des Territoriums, in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR, a. a. O., S. 180.



## **Gerhard Wettig: Freiheit oder Unfreiheit im Äther. Auseinandersetzungen in der UNO und auf der KSZE**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/76, S. 3—22

Während der vergangenen dreißig Jahre haben sich die technischen Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Informationsverbreitung entscheidend verändert. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten suchen davon gegenüber den westlichen Ländern für ihre Zwecke Gebrauch zu machen; sie sehen sich aber zugleich in ihrem eigenen Machtbereich entsprechenden westlichen Einflußnahmen — gegenwärtig vor allem grenzüberschreitenden Rundfunksendungen, künftig potentiell auch Fernsehübertragungen aus dem Weltraum — ausgesetzt. Im Zeichen der Entspannung und der partiellen Zusammenarbeit zwischen Ost und West fällt es den Führungen in Moskau und in anderen osteuropäischen Hauptstädten schwerer als in früheren Zeiten, eine Politik der Informationsabschirmung gegenüber der Außenwelt als eine selbstverständliche Notwendigkeit in den eigenen Gesellschaften plausibel zu machen und durchzusetzen. Zugleich sind die Fragen der grenzüberschreitenden Informationsverbreitung zu einer Thematik geworden, deren Diskussion sich die UdSSR und ihre Verbündeten in den Vereinten Nationen und im Zusammenhang mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) stellen müssen. Alle diese Entwicklungen fordern den östlichen Führungen zumindest in taktischer Hinsicht Anpassungen an veränderte Gegebenheiten ab, und es stellt sich die Frage, ob es damit auf die Dauer sein Bewenden haben kann oder ob nicht schließlich ein tiefgreifender Wandel notwendig werden wird. Die Analyse des Verhaltens, das die UdSSR, die DDR, Polen und die ČSSR in den letzten Jahren in der UNO und auf der KSZE gegenüber dem Informationsverbreitungsproblem im allgemeinen und gegenüber den in der Bundesrepublik tätigen Ostsendern im besonderen gezeigt haben, läßt auf die Tendenzen in der näheren Zukunft rückschließen. Dahinter wird eine generelle Fragestellung des Ost-West-Verhältnisses im Zeichen der Entspannung sichtbar, die möglicherweise eines Tages andere Antworten als die bisherigen erfordern wird.

## **Emil Schmickl: Probleme und Ergebnisse der Sozialstrukturforschung in der DDR nach 1971**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/76, S. 23—37

Die bisherige Sozialstrukturforschung in der DDR ist einseitig auf den Industriebetrieb und den Produktionsarbeiter ausgerichtet. Dies erklärt sich aus der Selbstdarstellung der politischen Führung als Interessenvertreterin der die Mehrheit des Volkes umfassenden Arbeiterklasse und der marxistischen Geschichts- und Gesellschaftsdeutung. Trotz der sich daraus ergebenden Fixierung der theoretischen Überlegungen auf grobe makrosoziologische Kategorien erweisen sich die Merkmale „Qualifikation“ und „Charakter der Arbeit“ als unabdingbar für eine aussagekräftige Strukturbeschreibung der Klassen und Schichten in der DDR. Die empirische soziologische Forschung bedeutet also auch in der DDR ein wichtiges Korrektiv gegenüber steriler, inhaltsleerer Schablonen reproduzierender Theorie.

Der Realisierung der politischen Ziele „Höherentwicklung der Arbeiterklasse“, „Annäherung von Arbeiterklasse und Intelligenz“ bzw. „soziale Homogenisierung der Gesellschaftsmitglieder“ und „Vermehrung des Anteils geistiger Arbeit“ u. ä. sind durch die notwendig weiterbestehende gesellschaftliche Arbeitsteilung und angesichts fortschreitenden Wandels auf diesem Felde enge Grenzen gezogen. Eine Sozialstrukturforschung, die allein am Industriebetrieb ansetzt, greift auch hier zu kurz. Dabei zeigt sich ferner, daß der Stellenwert der Arbeit als Medium der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur sicherlich zwar nicht gering veranschlagt werden darf, aber in Politik und Wissenschaft der DDR neu reflektiert werden muß. Die Sozialstrukturforschung könnte dann Teil einer neuen, umfassenderen Forschungsrichtung, der „Sozialplanung“, werden.